

**WIFO**

A-1103 WIEN, POSTFACH 91  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Die langfristige Entwicklung der  
Einkommensverteilung in Österreich**

**Alois Guger, Markus Marterbauer**

**Dezember 2004**

# **Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich**

**Alois Guger, Markus Marterbauer**

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung  
im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit,  
Generationen und Konsumentenschutz

Begutachtung: Ewald Walterskirchen

Wissenschaftliche Assistenz: Eva Latschka, Roswitha Übl

Dezember 2004

# Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich

Alois Guger, Markus Marterbauer

Inhaltsverzeichnis	Seiten
1. Einleitung	1
<b>A. Die funktionelle Einkommensverteilung</b>	<b>3</b>
2. Entwicklung und Bestimmungsgründe der Lohnquote	3
2.1 Lohnanteil am Volkseinkommen	3
2.2 Produktivitätsorientierte Lohnpolitik und ihr Einfluss auf die Lohnquotenentwicklung	5
2.3 Zyklische Komponenten der Lohnquotenentwicklung	8
3. Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen	9
3.1 Die Bedeutung der Differenzierung der Nicht-Lohneinkommen	9
3.2 Statistische Probleme der Erfassung der Nicht-Lohneinkommen	10
3.3 Entwicklung und Struktur der Nicht-Lohneinkommen	11
3.4 Die Entwicklung der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit – der Gewinne	14
3.5 Die Entwicklung der Besitzeinkommen und ihre Bedeutung für den Wirtschaftsprozess	15
<b>B. Die personelle Einkommensverteilung</b>	<b>17</b>
5. Entwicklungstendenzen in der Verteilung der Bruttolohneinkommen	17
5.1 Die Streuung der Lohneinkommen und deren Entwicklung	17
5.2 Die Entwicklung der sektoralen Lohnunterschiede	22
5.3 Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede	27
6. Die Bestimmungsgründe der längerfristigen Entwicklung der Verteilung der Löhne	32
6.1 Globalisierung und "skill-biased" technischer Fortschritt	33
6.2 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	33
6.3 Der Einfluss der Arbeitslosigkeit und der Ausländerbeschäftigung	34
6.4 Der Einfluss der Lohn- und der Mindestlohnpolitik	35
7. Die Entwicklung der Verteilung der Nettohaushaltseinkommen	36
8. Zusammenfassung	38
9. Literaturhinweise	42
Anhang	43

# Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich<sup>1)</sup>

Alois Guger, Markus Marterbauer

## 1. Einleitung

Die Jahrzehnte der Prosperität nach dem Krieg waren in vielen Ländern durch zunehmende Gleichheit in der Einkommensverteilung gekennzeichnet. Seit der ersten Erdölkrise haben sich aber in fast allen Industrieländern die Unterschiede in der funktionellen und personellen Einkommensverteilung wieder vergrößert.

Die Lohnquote ist bis Ende der siebziger Jahre kontinuierlich gestiegen. Damit hat sich in der Zeit hohen Wachstums die funktionelle Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer verschoben. Seither fällt die Lohnquote – mit Ausnahme von konjunkturellen Schwankungen – kontinuierlich. Die wichtigsten Ursachen für diesen Rückgang der Lohnquote und damit für die Änderung in der funktionellen Verteilung bilden die Zunahme der Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum der Vermögenseinkommen. Die "Explosion" der Vermögenseinkommen, wie sie durch die Reorientierung der Geldpolitik und die Liberalisierung der Finanzmärkte seit Beginn der achtziger Jahre ausgelöst wurde, bedeutete aber auch eine Ausweitung der personellen Einkommensunterschiede, da die Vermögen überall ungleicher verteilt sind als die Einkommen. In den meisten Ländern – vor allem in den USA und in Großbritannien – haben auch die Lohnunterschiede innerhalb der unselbständig Beschäftigten deutlich zugenommen. Dies dürfte auch für die kontinentaleuropäischen Länder gelten, allerdings in geringerem Ausmaß. Hinsichtlich der Nettoeinkommen inklusive Sozialtransfers dürfte keine Ausweitung der Einkommensunterschiede erfolgt sein (Förster, 2000).

In dieser Arbeit werden die längerfristigen Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich behandelt. Dabei wird auf die Entwicklung der funktionellen, der personellen und der haushaltsbezogenen Verteilung eingegangen. Mit Ausnahme der von Suppanz – Wagner (1981) herausgegebenen Studie basierten die bisherigen Arbeiten auf wenigen spezifischen Datenquellen. Die zentrale Aufgabenstellung der vorliegenden Untersuchung besteht in der Heran-

---

<sup>1)</sup> Diese Arbeit fasst die Hauptergebnisse der gleichnamigen WIFO-Studie zusammen, die unter der Projektleitung von Alois Guger und Markus Marterbauer zusammen mit Wolfgang Pollan und Michael Wüger (alle WIFO) sowie Martin Bauer (ÖSTAT) und Gerhard Wohlfahrt (Universität Graz) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erstellt wurde. Die Autoren danken Ewald Walterskirchen (WIFO), Eduard Olbrich und Hans Steiner (beide BMSG) für wertvolle Anregungen sowie Martina Einsiedl, Eva Latschka, Waltraud Popp, Roswitha Übl (WIFO) und Waltraud Unger (ÖSTAT) für wissenschaftliche Assistenz.

ziehung möglichst vieler unterschiedlicher Datengrundlagen und empirischer Belege zur Darstellung und Erklärung der Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich.

Die Analyse der Entwicklung der Einkommensverteilung leidet in Österreich in vielen Bereichen unter dem Fehlen aktueller und vergleichbarer Datengrundlagen. In den letzten Jahren hat sich die Datenbasis in mancher Hinsicht weiter verschlechtert. Das betrifft etwa die seit 1998 nicht mehr mögliche Unterscheidung zwischen Gewinn- und Besitzeinkommen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das Thema der Einkommensverteilung ist mit abnehmender Verfügbarkeit von Daten auch in der Wissenschaft in den Hintergrund gerückt. Die vorliegende Untersuchung versucht, dem Problem der Datenqualität mit dem Heranziehen möglichst vieler unterschiedlicher Quellen zu begegnen. Gleichzeitig werden aber auch Ansatzpunkte zur Verbesserung der Datengrundlagen aufgezeigt. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass in Zukunft dem wirtschafts- und sozialpolitisch bedeutenden Thema der Einkommensverteilung wieder mehr Relevanz zukommt.

Im ersten Teil der Untersuchung wird die funktionelle Verteilung, die Verteilung des Volkseinkommens nach Produktionsfaktoren, analysiert und mit der internationalen Entwicklung verglichen. Im zweiten Teil konzentriert sich die Arbeit auf die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung und die Analyse der Verschiebung der Einkommensrelationen zwischen Individuen. Abschließend werden Änderungen in der Verteilung der für das Wohlstandsniveau und die Konsummöglichkeiten der Bürger ausschlaggebenden verfügbaren Nettoeinkommen seit Anfang der achtziger Jahre behandelt.

## A. Die funktionelle Einkommensverteilung

Im Rahmen der funktionellen Verteilungsanalyse wird die Aufteilung des Volkseinkommens auf Lohnneinkommen einerseits und Besitz- und Gewinneinkommen andererseits untersucht. Den gebräuchlichsten Indikator für die funktionelle Einkommensverteilung bildet der Lohnanteil am Volkseinkommen, die Lohnquote. Sie wird aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Diese erfuhr mit dem Übergang zum neuen Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95) eine substantielle Revision: Zum einen liegt nach der neuen Datenlage das Niveau der Lohnquote deutlich höher als nach dem ESVG79 und zum anderen werden die Nichtlohneinkommen nicht mehr in ausreichend differenzierter Form ausgewiesen, sodass seit 1998 nicht mehr zwischen Besitzeinkommen und Gewinnen aus Unternehmer- oder selbständiger Tätigkeit unterschieden werden kann<sup>2)</sup>. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde bisher von Statistik Österreich ab dem Jahr 1976 nach der neuen Systematik, dem ESVG95, vorgelegt. Für den langfristigen Vergleich hat das WIFO die Lohnquote mit den Daten aus dem ESVG79 zurückverkettet.

## 2. Entwicklung und Bestimmungsgründe der Lohnquote

### 2.1 Lohnanteil am Volkseinkommen

Die Lohnquote, der Anteil der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen, stieg in Österreich von Mitte der fünfziger Jahre bis Ende der siebziger Jahre relativ kontinuierlich von rund 63% auf schwach 80% an. Nach einem Rückgang in den frühen achtziger Jahren auf rund 75% blieb die Lohnquote, abgesehen von zyklischen Schwankungen, bis Mitte der neunziger Jahre stabil, sank aber seither wieder kontinuierlich auf gut 70%.

Als Indikator der funktionellen Verteilung bedeutet eine sinkende Lohnquote, dass die Entwicklung der Lohnneinkommen aus unselbständiger Arbeit hinter der Entwicklung der übrigen Einkommen wie Einkünften aus Unternehmenstätigkeit, selbständiger Tätigkeit und Besitzeinkommen (Zinsen, Dividenden, Mieten, Pacht) zurückbleibt und wird in der Regel als soziale Umverteilung zulasten der Arbeitnehmer interpretiert. Die Ursachen für Änderungen in der Lohnquote sind teils struktureller, teils lohnpolitischer und teils konjunktureller Natur.

Im langfristigen Anstieg der Lohnquote spiegelte sich primär die Verschiebung in der Beschäftigtenstruktur zwischen selbständiger und unselbständiger Tätigkeit wider: Der Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen betrug Mitte der fünfziger Jahre gut 60%, er

---

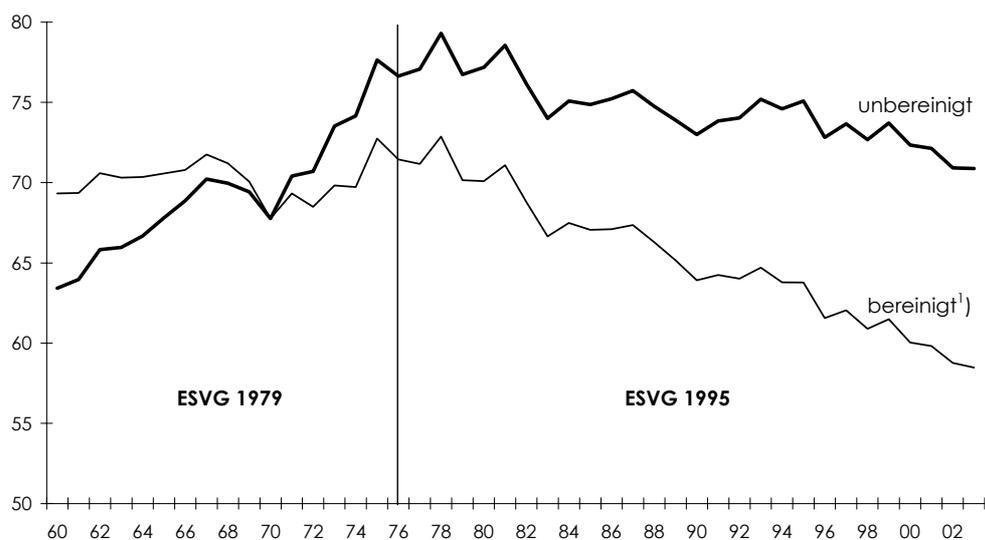
<sup>2)</sup> Während sich die Unterschiede in der Höhe der Lohnquote aus konzeptionellen Unterschieden ergeben, die sowohl auf eine breitere Erfassung der Lohnneinkommen (etwa geringfügig Beschäftigte) als auch auf ein niedrigeres Volkseinkommen zurückgehen, wäre eine differenzierte Darstellung der Nichtlohneinkommen leicht möglich. Dazu wäre ein eigener Auftrag an Statistik Österreich und dessen Finanzierung notwendig.

erhöhte sich seither auf gut 80%. Insbesondere der starke Anstieg der Lohnquote in den sechziger und siebziger Jahren erklärt sich zu einem Gutteil durch die rasche Zunahme des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbstätigen, die aus der Abwanderung aus der Landwirtschaft und der Selbständigkeit ("Greißlersterben") in den Jahren der Vollbeschäftigung und der Arbeitskräfteknappheit resultierte.

Die um diese Verschiebungen in der Erwerbsstruktur bereinigte Lohnquote wies in einer langfristigen Perspektive in der Vergangenheit eine erstaunliche Konstanz auf. Sie betrug Mitte der fünfziger Jahre rund 73% und Mitte bis der siebziger Jahre zwischen 70% und 73%. Seit den frühen achtziger Jahren sinkt aber auch die bereinigte Lohnquote anhaltend und stark. Sie ging mit geringen Schwankungen jährlich um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte von 71% im Jahr 1981 auf 58,5% im Jahr 2003 zurück; für 2004 ist ein weiterer Rückgang zu erwarten<sup>3)</sup> (Abbildung 2.1).

Abbildung 2.1: Lohnquote in Österreich

In % des Volkseinkommens



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹) Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Einen weiteren strukturellen Faktor bilden sektorale Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Denn in zwei Sektoren nimmt die Lohnquote einen Extremwert an: Sie beträgt im öffentlichen Sektor 100%, da dort die Bruttoentgelte der Wertschöpfung entsprechen. In der Land- und

<sup>3)</sup> Der im Vergleich zu früheren Analysen (Basis ESGV 1979) stärkere Rückgang der bereinigten Lohnquote geht primär auf die höheren Zahlen an selbständig Erwerbstätigen zurück. Die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden (vor allem in der Landwirtschaft) ist im Mikrozensus, der dem ESGV 1995 zugrunde liegt, durch eine hohe Zahl an geringfügig Erwerbstätigen aufgebläht.

Forstwirtschaft hat hingegen die Lohn- und Gehaltssumme einen nur sehr kleinen Anteil am Beitrag zum Volkseinkommen (unter 15%). Die Lohnquote ohne öffentlichen Dienst und ohne Land- und Forstwirtschaft ("Lohnquote privat") war zu Beginn der achtziger Jahre gut 1 Prozentpunkt niedriger als die gesamtwirtschaftliche Lohnquote und ist seither stärker gesunken. Dies ist primär das Ergebnis des starken Anstiegs der öffentlichen Lohn- und Gehaltssumme im Vergleich zur privaten, dadurch wurde der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote etwas gebremst.

## 2.2 *Produktivitätsorientierte Lohnpolitik und ihr Einfluss auf die Lohnquotenentwicklung*

Die Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik bildete in Österreich lange Zeit die Grundlage der Zusammenarbeit der großen Interessenvertretungen im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. Die Einkommenspolitik sollte sowohl lohnkostenbedingte Inflationsprozesse als auch deflationären Nachfragemangel vermeiden. Unter dem Titel "Benya-Formel" lautete die Lohnleitlinie "Inflationsrate + langfristiges Produktivitätswachstum". Damit sollten langfristig – das heißt über den Konjunkturzyklus – die Reallöhne mit der gleichen Rate wie die Produktivität wachsen und dadurch die funktionelle Verteilung (in Form der bereinigten Lohnquote) und die Lohnstückkosten stabil bleiben<sup>4</sup>).

Das Prinzip der produktivitätsorientierten Lohnpolitik bleibt für die Sozialpartner relevant, etwa wenn der *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen* in seiner Studie zu den Spielräumen der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion (1998, S. 27) schreibt: "Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist grundsätzlich eine langfristig am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnpolitik zur Stabilisierung von Kaufkraft und Wirtschaftswachstum notwendig. Verfolgen alle an der EWWU teilnehmenden Länder diese Strategie, so blieben die relativen Lohnstückkosten unverändert; die Geldpolitik hätte somit keinen Anlass, bei kräftigerer Nachfrage restriktive Schritte zu setzen."

Diese Leitlinie wurde in den sechziger Jahren weitgehend eingehalten, die Reallöhne stiegen mit durchschnittlich jährlich 4,9% fast gleich stark wie die Produktivität (+5%). Auch unter Berücksichtigung der Änderungen in den Außenhandelspreisen, die etwa in Form von starken Rohwarenpreissteigerungen (bzw. -senkungen) die Verteilungs- und internationale Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft wesentlich beeinflussen, wurde der verteilungsneutrale Reallohnspielraum in den sechziger Jahren weitgehend genützt. Übersicht 2.1 zeigt, dass die "Reallohnücke" in diesem Zeitraum leicht negativ (-0,3%) war, d. h. dass sich der aus dem Differenz des Reallohnwachstum minus dem Produktivitätswachstum und der Veränderung der Export- und Importpreise (Terms of Trade) ergebende verteilungs- und kostenneutrale Reallohnspielraum fast ausgenützt wurde. Die bereinigte Lohnquote blieb daher auch weitgehend konstant.

---

<sup>4</sup>) Der Zusammenhang zwischen Lohnquote und Lohnstückkosten wird in *Marterbauer – Walterskirchen* (2002) im Detail erläutert.

Übersicht 2.1: Entwicklung der Reallöhne und der Produktivität (Reallohnlücke)

	1960/1970	1970/1980	1980/1990	1990/2000	2000/2003	1960/2003
	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in %					
Produktivität (BIP real je Erwerbstätigen)	+ 5,0	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,9
Reallohn pro Kopf (Konsum-Deflator)	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,5
Reallohnlücke <sup>1)</sup>	- 0,3	+ 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,3
Pro-Kopf Einkommen nominell	+ 8,7	+ 10,2	+ 4,9	+ 3,2	+ 2,0	+ 6,3
Inflation	+ 3,6	+ 6,3	+ 3,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,8

Q: WIFO. – 1) Reallohn pro Kopf minus Produktivitätswachstum minus Terms-of-Trade-Effekt.

In den siebziger Jahren stiegen hingegen die Löhne stärker als der verteilungsneutrale Reallohnspielraum vorsah; im Durchschnitt um gut +0,9% pro Jahr. Die Anpassung der Lohnpolitik an die neuen Rahmenbedingungen schwächere Produktivitätswachstums und einer spürbaren Verschlechterung der Terms of Trade im österreichischen Außenhandel ("erster Ölpreisschock") erfolgte mit einer Verzögerung, die bereinigte Lohnquote stieg daher in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kräftig an.

In den achtziger und neunziger Jahren wurde der Reallohnspielraum nicht ausgenutzt, und die bereinigte Lohnquote sank seit 1981 kontinuierlich. Von einer langfristigen Konstanz der Lohnquote, die in den theoretischen Diskussionen der Vergangenheit eine große Rolle spielte, kann heute kaum mehr gesprochen werden. Seit Anfang der achtziger Jahre ist der Trend der bereinigten Lohnquote überall in Europa eindeutig rückläufig. Dies dürfte zum einen mit dem niedrigen Wachstum und der schlechten Arbeitsmarktlage der letzten Jahrzehnte zusammenhängen, die die Verhandlungsposition der Gewerkschaften im Lohnbildungsprozess schwächen; zum anderen aber auch mit der Globalisierung und dem verstärkten Gang der Unternehmen an die Börse. Die Finanzmärkte reagieren auf schlechte Quartalsbilanzen, viel rascher als die kreditgewährenden Banken je taten. Die Rationalisierungswellen und Kündigungen von Mitarbeitern auf dem Weg zum schlanken Unternehmen verschärfen die Arbeitsmarktlage und drängen die Gewerkschaften in die Defensive.

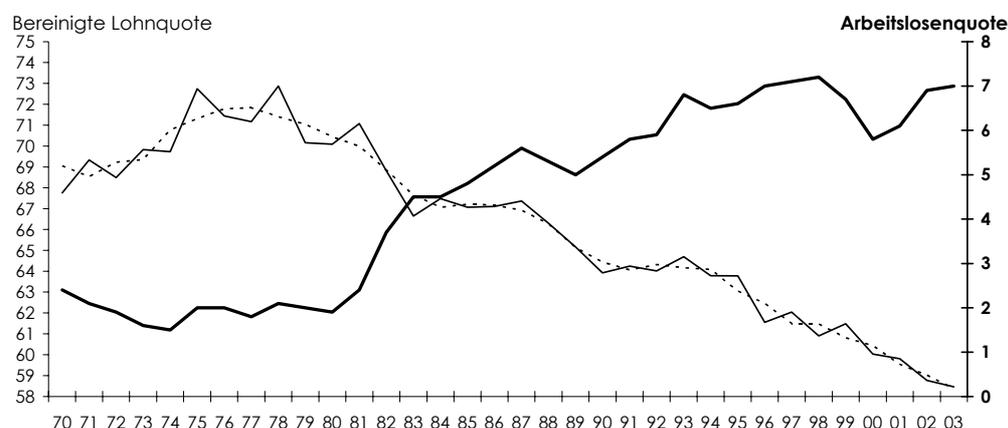
Generell erweist sich für die längerfristige Entwicklung der funktionellen Verteilung die Arbeitsmarktlage als eine entscheidende Variable. Steigende Arbeitslosigkeit wirkt direkt auf die Lohnquote, weil die Bezieher von Arbeitslosengeld nicht mehr Lohnempfänger, sondern Bezieher von Transfereinkommen sind. Darüber hinaus verändert steigende Arbeitslosigkeit aufgrund schwachen Wirtschaftswachstums und zunehmendem Arbeitskräfteangebot die ökonomischen Machtverhältnisse und drängt die gewerkschaftliche Lohnpolitik in die Defensive. Der steigende Trend der Lohnquote in den siebziger Jahren und der fallende Trend in den

achtziger und neunziger Jahren passen gut mit der Entwicklung der Arbeitslosenquoten zusammen.

Marterbauer – Walterskirchen (2002) haben die Determinanten der Entwicklung der bereinigten Lohnquote genauer untersucht und kommen zum Schluss, dass eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums um 1 Prozentpunkt im Durchschnitt der letzten drei Jahrzehnte zu einem Rückgang der bereinigten Lohnquote um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte geführt hat. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verringerte die Lohnquote um 1 bis 1¼ Prozentpunkte, während eine Erhöhung der Beschäftigungsquote um 1 Prozentpunkt die Lohnquote etwa im gleichen Ausmaß erhöhte. Eine Erhöhung der Verbraucherpreise um 1% erhöhte dagegen die Lohnquote mit einer Verzögerung von einem Jahr um 0,2 Prozentpunkte.

Abbildung 2.2: Bereinigte Lohnquote und Arbeitslosenquote in Österreich

In %



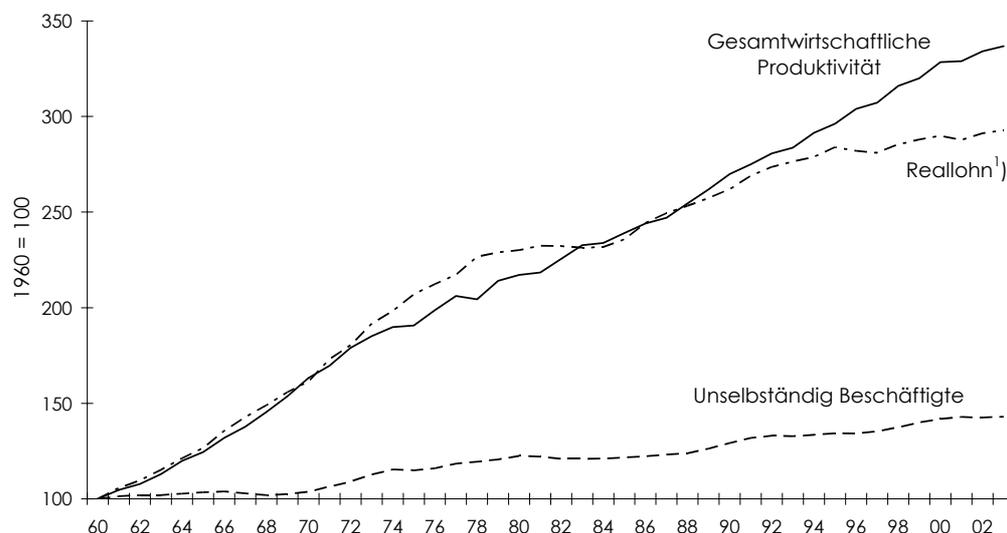
Q: WIFO, Statistik Austria.

Die Bedeutung einzelner Determinanten der funktionellen Verteilung ist nach Perioden sehr unterschiedlich: Zu Beginn der achtziger Jahre sanken im Gefolge der 2. Ölkrise und der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage die Reallöhne trotz erheblichen Produktivitätswachstums. Auch von 1988 bis 1990 blieben die Reallohnzuwächse deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, die zum Teil durch den lange zurück gestauten Personalabbau in der Verstaatlichten Industrie sprunghaft anstieg. Dieser Produktivitätssprung wurde aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen nicht zu einer Realloohnerhöhung – die auch andere Branchen mit "normalen" Produktivitätssteigerungen betroffen hätte – genutzt. Insgesamt wurde im Durchschnitt der achtziger Jahre der Reallohnspielraum nicht ausgeschöpft (Reallohnücke -0,9% pro Jahr), und die funktionelle Verteilung verschob sich zu Lasten der Lohneinkommen.

Im Durchschnitt der neunziger Jahre kam es zu einer leichten Verschlechterung der Terms of Trade; die Reallohnsteigerungen blieben aber so weit hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, dass der Verteilungsspielraum weiter unausgeschöpft blieb – im Durchschnitt rund

–0,8% pro Jahr – Mitte der neunziger Jahre sogar  $-2\frac{1}{2}\%$  pro Jahr. Von der teilweise beträchtlichen Aufwertung des Schillings im Zuge der Währungskrisen im Europäischen Währungssystem (1992, 1993, 1995) sowie der raschen Internationalisierung der Wirtschaft im Rahmen der Integration in den EU-Binnenmarkt und der Ostöffnung ging ein erheblicher Rationalisierungsdruck aus. Dieser äußerte sich vor allem in der Schließung nicht rentabler, bisher geschützter Betriebe und spiegelt nicht notwendigerweise eine Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums, das angesichts hoher Arbeitslosigkeit in vollem Ausmaß zu Reallohnerrhöhungen Anlass gegeben hätte. Auch die Konsolidierungsmühungen der öffentlichen Haushalte im Rahmen der Vorbereitung für die Währungsunion (Maastricht Kriterien), die Erfüllung der Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Liberalisierung von Diensten öffentlicher Monopolanbieter (Post, Telekommunikation etc.) verschärften die Arbeitsmarktlage und dämpften die Lohnentwicklung.

Abbildung 2.3: Lohn- und Produktivitätsentwicklung in Österreich



Q: WIFO, Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Bruttoentgelte pro Kopf, real.

### 2.3 Zyklische Komponenten der Lohnquotenentwicklung

Die Konjunkturabhängigkeit der Lohnquotenentwicklung resultiert unmittelbar aus der Geschwindigkeit der Anpassung der Einkommensarten an die Wirtschaftsentwicklung (Bayer, 1981). Auf die steigende Investitionstätigkeit und Kapazitätsauslastung im Konjunkturaufschwung reagieren die Gewinne sehr rasch. Beschäftigung und Löhne reagieren mit einer Zeitverschiebung. Einerseits wird mit dem Beschäftigungsaufbau erst begonnen, wenn sich der Aufschwung gefestigt hat und somit das Risiko der Ausdehnung des Personalbestandes gesunken ist. Andererseits sind die Löhne zu einem großen Teil kontraktbestimmt, das heißt durch Tariflohnvereinbarungen festgelegt, und damit kurzfristig nicht änderbar. Die Lohndrift

spielt in Österreich im internationalen Vergleich eine relativ geringe Rolle. Auch im Abschwung reagieren die Gewinne rascher auf die sinkende Nachfrage als die Lohneinkommen.

In der Phase der Vollbeschäftigungswirtschaft – die in Österreich bis in die achtziger Jahre hineinreichte – wurde die konjunkturelle Dynamik der Lohnquote noch verstärkt: Bei hohem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveau (auch über den Zyklus) werden Unternehmen aus einzelwirtschaftlicher Rationalität im Abschwung ihre Beschäftigung nur zögernd anpassen, weil die Wiedereinstellungskosten relativ hoch sind. Die Gewinnquote schwankt somit prozyklisch, die Lohnquote antizyklisch (*Marterbauer – Walterskirchen, 2002*). Die Hortung von Arbeitskräften spielte in Österreich lange Zeit eine relativ wichtige Rolle, hat aber in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung verloren.

Die Lohnquote stieg in den Rezessionsjahren 1975, 1978 und 1981 und auch in der Stagnationsphase 1993 merklich an. Dagegen ging sie (bereinigt) in den Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums 1968 bis 1973 und 1988 bis 1991 deutlich zurück. Bei einem stärker sinkenden Trend schwächten sich dann seit Mitte der neunziger Jahre die konjunkturellen Ausschläge merklich ab. In der Stagnationsphase 2001 bis 2003 ist die Lohnquote weiter zurückgegangen.

Mit der immer stärkeren Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung durch internationale Tendenzen im Zuge der Öffnung der österreichischen Wirtschaft kollidierte eine konjunkturta- bilisierende Orientierung der Lohnpolitik zunehmend mit dem Ziel der externen Stabilität (Leistungsbilanzkrise 1978). Die Lohnpolitik orientierte sich ab diesem Zeitpunkt stärker an den kurzfristigen Aussichten für Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum.

### **3. Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen**

#### *3.1 Die Bedeutung der Differenzierung der Nicht-Lohneinkommen*

Die funktionelle Verteilungsanalyse unterscheidet vielfach nur zwischen Lohn- und Gewinneinkommen und wirft damit alle Einkünfte aus Besitz und Unternehmung – also alle Nicht-Lohnelemente des Volkseinkommens – in eine Kategorie. Diese Vereinfachung mag für bestimmte Fragestellungen zulässig sein, eine differenzierte Analyse sollte aber für die Möglichkeit offen sein, dass die Entlohnung der verschiedenen Produktionsfaktoren (Arbeit, Land, Kapital und Unternehmertätigkeit) unterschiedliche Erklärungen erfordert. Bis 1997 ist dies auf Basis des ESVG79 möglich. Mit der Umstellung auf das ESVG95 wurde diese differenzierte Darstellung eingestellt und die Verteilungsanalyse um einen wirtschaftspolitisch bedeutungsvollen Aspekt ärmer, da die Verteilung der Nichtlohneinkommen auf Einkünfte aus der realen Produktionstätigkeit oder finanzielle Veranlagungen aus wachstumspolitischer Perspektive von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.

Durch die enorme Expansion der Kapitalerträge und der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die nicht zuletzt auch Lohnabhängigen und Pensionisten in nicht zu vernachlässi-

gendem Umfang zugute kamen<sup>5)</sup>, darf heute auch die Entwicklung der Besitzeinkommen in der Beurteilung der Konsumnachfrage nicht mehr vernachlässigt werden.

Makroökonomisch von noch größerer Bedeutung ist aber der Einfluss der unterschiedlichen Ertragsraten der verschiedenen Anlageformen auf die Entscheidungen der Investoren. Die hohen Vermögenserträge sowohl auf den Finanzmärkten als auch im Grund- und Immobiliengeschäft dürften zu einer Dämpfung der Investitionen in Maschinen und Anlagen beigetragen haben, was wiederum den Wachstumsprozess bremste und die Arbeitsmarktlage verschlechterte. Die "Vermögensökonomie" erfordert somit auch eine differenziertere Analyse der Einkommenskomponenten, die nicht nur die Verteilung stärker beeinflussen als früher, sondern auch für die Erklärung des Akkumulationsprozesses immer wichtiger erscheinen.

### 3.2 *Statistische Probleme der Erfassung der Nicht-Lohneinkommen*

Die Schätzung der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung ist mit erheblichen statistischen Problemen behaftet. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung enthalten auch die statistischen Korrekturen, und in den Besitzeinkommen werden neben den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und den Zinserträgen aus Geldvermögen auch Imputationen für die Benutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen verbucht.

Die in der VGR erfassten Größen weichen in erheblichem Maße von jenen in den Steuerstatistiken ab. Ein grober direkter Vergleich der Gewinne laut VGR mit den Gewinnen, die in der Einkommenssteuerstatistik erfasst werden, zeigt einen kontinuierlichen Rückgang der Nachweisquote auf rund 20% im Jahr 1994. Dieser direkte Vergleich kann allerdings nur einen sehr groben Anhaltspunkt über die Entwicklungstendenz geben. Die Gewinne laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung sind mit den in den Steuerstatistiken ausgewiesenen Einkünften nicht unmittelbar vergleichbar, da die erfassten Leistungen und deren Bewertung nach beiden Konzepten differieren und sich der "Betriebsüberschuss" der VGR wesentlich vom steuerrechtlichen Gewinnbegriff unterscheidet.

Diese steigenden Unterschiede erklären sich zum Teil aus den unterschiedlichen Regeln der beiden Systeme: Forderungsverluste durch Konkurse oder Forderungsverluste gegenüber dem Ausland und Teilwertabschreibungen von Beteiligungen gehen beispielsweise in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht ein; daneben spielen steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Die größten Lücken ergeben sich bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft durch die Pauschalierung und bei den Besitzeinkünften, wo einerseits die imputier-

---

<sup>5)</sup> Über die Verteilung der Nicht-Lohneinkommen auf soziale Gruppen fehlen in Österreich weitgehend statistische Unterlagen. Aus den Erfahrungen anderer Länder, insbesondere der BRD, lässt sich jedoch ableiten, dass die Besitzeinkünfte der Selbständigen und Freiberufler pro Kopf bzw. je Haushalt unverhältnismäßig höher sind als jene der übrigen Bevölkerung, dass aber aufgrund der geringen Zahl der Selbständigen diese Einkommen doch mehrheitlich an Nicht-Selbständigenhaushalte fließen. Ein sehr großer Teil bleibt schließlich im Unternehmenssektor.

ten Mieten, die natürlich steuerlich nicht relevant sind, in den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung eine große (bisher unklare) Rolle spielen und andererseits die steuerliche Untererfassung der Einkünfte aus Kapitalvermögen durch die anonymen Veranlagungsmöglichkeiten immer groß war. Durch die Einführung der Kapitalertragsteuer sind für die Einkommenssteuer relevanten Kapitalerträge weiter gesunken.

### 3.3 *Entwicklung und Struktur der Nicht-Lohneinkommen*

Die Entwicklung der Nicht-Lohneinkommen war in den letzten Jahrzehnten durch die starke Expansion der Besitzeinkommen gekennzeichnet. Während sich die Gewinneinkommen seit 1964 verachtfachten (+715%), stiegen die Besitzeinkommen fast um das fünfzigfache. Allerdings sind die Daten über die Besitzeinkommen aufgrund des Problems der Bewertung der imputierten Mieten schwer zu interpretieren; aber auch ohne der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung haben sich die Besitzeinkommen verdreißigfacht (Übersicht 3.1).

Seit 1976 sind die Besitzeinkommen mit 570% Zuwachs fast doppelt so rasch gestiegen wie die Gewinne (+242%); der enorme Zuwachs geht aber in hohem Maße auf Vermietung und Verpachtung zurück: während die Besitzeinkommen ohne Vermietung und Verpachtung um 353% zunahm, explodierten die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung gleichsam (+1.960%; Abbildung 3.1).

Obwohl für Vermietung und Verpachtung unplausibel hohe Steigerungsraten ausgewiesen werden, ist im Vergleich mit Westdeutschland die Entwicklung der gesamten Besitzeinkommen seit 1976 nicht ungewöhnlich.

Angesichts der hohen Zinssätze in den achtziger Jahren und des außerordentlich starken Anstiegs der Kurse auf den Kapitalmärkten erscheint die Zunahme der Kapitaleinkünfte laut VGR gut begründbar. Dass aber die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung soviel rascher steigen, ist nicht allein durch Mietzinssteigerungen erklärbar. Die Ursache für die enorme Zunahme dürfte eher in der Untererfassung in der Vergangenheit zu finden sein.

Die rasch wachsende Bedeutung der Vermögen für den Wirtschaftsprozess zeigt sich auch in der Verschiebung der Einkommensstrukturen: Die Besitzeinkommen, auf die Mitte der sechziger Jahre nur knapp 5% der privaten Einkünfte aus Besitz und Unternehmung entfielen, erreichten 1976 ohne Vermietung und Verpachtung 12% und schwanken seit 1980 zwischen 15% und 19%; in den frühen achtziger und frühen neunziger Jahren, zuletzt 1996 und 1997 um 16% (Übersicht 3.2).

Dynamisch entwickelten sich auch die Einkünfte der Freien Berufe: Sie sind zwischen 1964 und 1976 um 268% und von 1976 bis 1997 um 468% gestiegen, ihr Anteil belief sich 1964 auf knapp 6% und hat sich seither mit 13,5% mehr als verdoppelt. Seit 1976 hat sich die Zahl der Steuerfälle aus Selbständiger Tätigkeit als Haupteinkunft etwa verdoppelt und als Nebentätigkeit verdreifacht. Besonders dynamisch entwickelten sich diese Einkünfte gegen Mitte der neunziger Jahre, seither liegt Ihr Anteil über 13%.

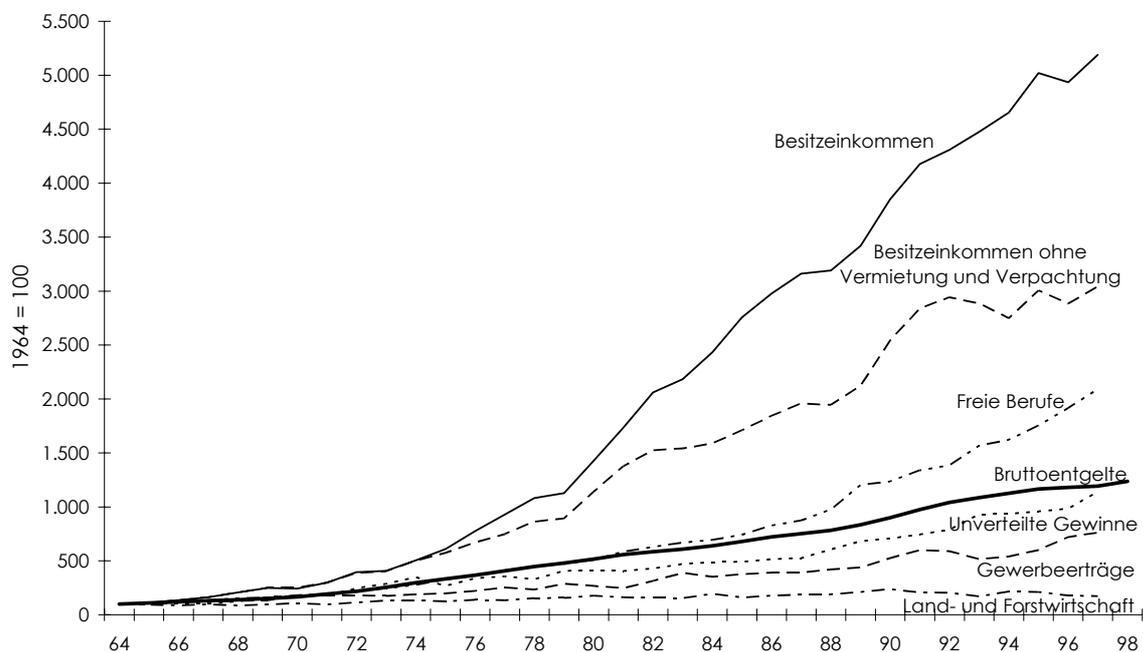
Übersicht 3.1: Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen

	Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit		Besitzeinkommen ohne Vermietung und Verpachtung		Gewinneinkommen	
	1964 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1964 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1964 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1964	100,0		100,0		100,0	
1965	110,1	+ 10,1	113,1	+ 13,1	105,4	+ 5,4
1966	121,4	+ 10,2	136,1	+ 20,3	110,8	+ 5,1
1967	131,4	+ 8,3	162,3	+ 19,2	112,9	+ 1,9
1968	139,3	+ 6,0	208,0	+ 28,1	120,2	+ 6,4
1969	151,9	+ 9,1	250,5	+ 20,4	133,4	+ 11,1
1970	166,2	+ 9,4	250,8	+ 0,1	158,1	+ 18,5
1971	192,1	+ 15,6	298,7	+ 19,1	163,3	+ 3,3
1972	218,3	+ 13,6	387,9	+ 29,8	181,1	+ 10,9
1973	255,7	+ 17,1	402,6	+ 3,8	191,3	+ 5,6
1974	297,9	+ 16,5	503,2	+ 25,0	216,3	+ 13,1
1975	334,4	+ 12,2	574,8	+ 14,2	206,9	- 4,3
1976	368,3	+ 10,1	671,6	+ 16,8	238,1	+ 15,1
1977	407,9	+ 10,8	746,6	+ 11,2	257,2	+ 8,0
1978	448,2	+ 9,9	862,9	+ 15,6	249,1	- 3,2
1979	478,5	+ 6,8	893,3	+ 3,5	295,1	+ 18,5
1980	517,3	+ 8,1	1.140,9	+ 27,7	301,4	+ 2,1
1981	558,6	+ 8,0	1.378,0	+ 20,8	295,2	- 2,0
1982	585,0	+ 4,7	1.525,9	+ 10,7	336,7	+ 14,1
1983	607,5	+ 3,8	1.540,9	+ 1,0	382,5	+ 13,6
1984	640,9	+ 5,5	1.588,5	+ 3,1	379,1	- 0,9
1985	679,6	+ 6,0	1.708,3	+ 7,5	394,4	+ 4,0
1986	721,5	+ 6,2	1.843,5	+ 7,9	408,6	+ 3,6
1987	751,4	+ 4,1	1.957,2	+ 6,2	419,6	+ 2,7
1988	784,5	+ 4,4	1.945,4	- 0,6	456,4	+ 8,8
1989	834,5	+ 6,4	2.122,7	+ 9,1	502,2	+ 10,0
1990	900,3	+ 7,9	2.542,8	+ 19,8	567,4	+ 13,0
1991	976,9	+ 8,5	2.839,5	+ 11,7	607,0	+ 7,0
1992	1.041,5	+ 6,6	2.942,7	+ 3,6	632,1	+ 4,1
1993	1.084,7	+ 4,1	2.884,4	- 2,0	625,0	- 1,1
1994	1.126,3	+ 3,8	2.747,2	- 4,8	652,1	+ 4,3
1995	1.165,7	+ 3,5	3.005,5	+ 9,4	701,5	+ 7,6
1996	1.180,7	+ 1,3	2.882,1	- 4,1	756,4	+ 7,8
1997	1.194,3	+ 1,2	3.044,1	+ 5,6	814,5	+ 7,7
1998	1.237,3	+ 3,6				

Q: Statistik Austria, WIFO. – Konzept ESVG 1979.

Mit dem Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe entwickelten sich auch die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft unterdurchschnittlich. Die Bedeutung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft schrumpfte von 20% Mitte der sechziger Jahre auf unter 4%. Bedingt durch die Preisanpassungen im Gefolge des EU-Beitritts sind die Einkommen in den neunziger Jahren im Durchschnitt um 4,6% pro Jahr gesunken; diese Ertragseinbußen wurden durch Ausgleichszahlungen ausgeglichen.

Abbildung 3.1: Entwicklung der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung



Q: Statistik Austria; WIFO. – Konzept ESVG 1979.

Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die schwer zu interpretieren sind, da sie im Rahmen der VGR auch die statistische Differenz enthalten, machten bis 1971 noch rund die Hälfte der gesamten Einkünfte aus Besitz und Unternehmung aus, sind aber seither mit konjunkturbedingten Schwankungen auf unter 40% zurückgegangen.

Der Anteil der unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften liegt dagegen relativ stabil zwischen 20% und 25%, nur zwischen 1972 und 1980, als auch die Lohnquote die stärkste Zunahme ausweist, und Mitte der neunziger Jahre erreichten sie einen Anteil zwischen 25% und 30%.

Übersicht 3.2: Private Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (Inlandskonzept)

	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetriebe	Freie Berufe	Besitzeinkommen ohne Vermietung und Verpachtung	Unverteilte Gewinne der Kapital- gesellschaften
	Anteile an privaten Einkünften insgesamt in %				
1964	19,7	49,2	5,9	4,6	20,6
1965	17,1	52,5	6,3	4,9	19,2
1966	15,5	53,4	6,6	5,6	18,9
1967	16,6	51,3	6,9	6,5	18,6
1968	13,6	51,2	7,2	7,6	20,3
1969	13,5	47,6	6,8	8,3	23,8
1970	13,0	51,1	6,5	7,1	22,3
1971	11,2	52,7	6,6	8,1	21,3
1972	11,5	45,8	6,9	9,3	26,4
1973	12,8	42,1	7,0	9,1	29,0
1974	11,3	40,6	7,1	10,1	31,0
1975	11,0	43,8	8,6	11,9	24,8
1976	10,5	42,0	8,4	12,0	27,0
1977	9,3	44,0	8,6	12,2	25,9
1978	10,8	41,3	9,5	14,3	24,3
1979	9,4	43,4	8,5	12,7	25,9
1980	10,5	39,5	8,9	15,7	25,4
1981	9,5	36,2	10,3	19,0	24,9
1982	8,0	40,5	9,7	18,5	23,3
1983	7,0	44,5	9,2	16,6	22,6
1984	8,9	40,6	9,6	17,2	23,6
1985	7,1	41,9	9,9	18,0	23,1
1986	7,5	41,2	10,4	18,2	22,7
1987	7,6	40,2	10,7	18,9	22,6
1988	7,2	40,1	11,1	17,4	24,2
1989	7,3	38,1	12,5	17,3	24,8
1990	7,3	40,3	11,3	18,3	22,7
1991	5,8	42,2	11,3	18,8	22,0
1992	5,7	40,8	11,5	19,2	22,9
1993	4,7	36,0	13,1	18,9	27,3
1994	5,8	36,7	13,2	17,6	26,7
1995	5,3	38,0	13,3	17,9	25,5
1996	4,2	42,2	13,5	15,9	24,2
1997	3,7	41,3	13,5	15,5	25,9

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO-Berechnungen. – Konzept ESVG 1979.

### 3.4 Die Entwicklung der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit – der Gewinne

Obwohl die Raten des Wirtschaftswachstums Anfang der achtziger Jahre gedämpft waren, hat sich ab 1982 die Ertragslage der Unternehmen durch starke rationalisierungsbedingte Kündigungen spürbar gebessert. Im Unterschied zu den späten siebziger Jahren, als die Erhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus die Ertragslage dämpfte und die Lohnquote erhöhte,

stabilisierte der kräftige Abbau der Beschäftigung in den frühen achtziger Jahren die Ertragslage und festigte so die Gewinnmargen.

Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb nahmen in den achtziger Jahren, als das Volkseinkommen im Durchschnitt um 5,9% wuchs, pro Jahr um 6,9% zu, die unverteiltten Gewinne der Kapitalgesellschaften um 5,5%. Deutlich belebt haben sich die Gewinne aber erst mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung zwischen 1988 und 1991 und seit 1994. Trotz gedämpfter Wachstumsraten wurden in den letzten Jahren aufgrund von Rationalisierungen durch flexibleren Arbeitseinsatz und Personalabbau hohe Produktivitätszuwächse erzielt, die nicht nur makroökonomisch die Gewinnquote erhöhten, sondern auch die Cash-Flow-Umsatzrelationen und die Eigenkapitalquoten kräftig ansteigen ließen. Nach einem sehr niedrigen Wert in der ersten Hälfte der achtziger Jahre lag die Eigenkapitalquote der österreichischen Sachgütererzeugung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bei rund 30% und damit über dem Niveau der frühen siebziger Jahre. Allein in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stieg sie um 5 Prozentpunkte und schwankte von 1999 bis 2002 zwischen 36% und 40% (Peneder – Pfaffermayr, 2004).

### 3.5 *Die Entwicklung der Besitzeinkommen und ihre Bedeutung für den Wirtschaftsprozess*

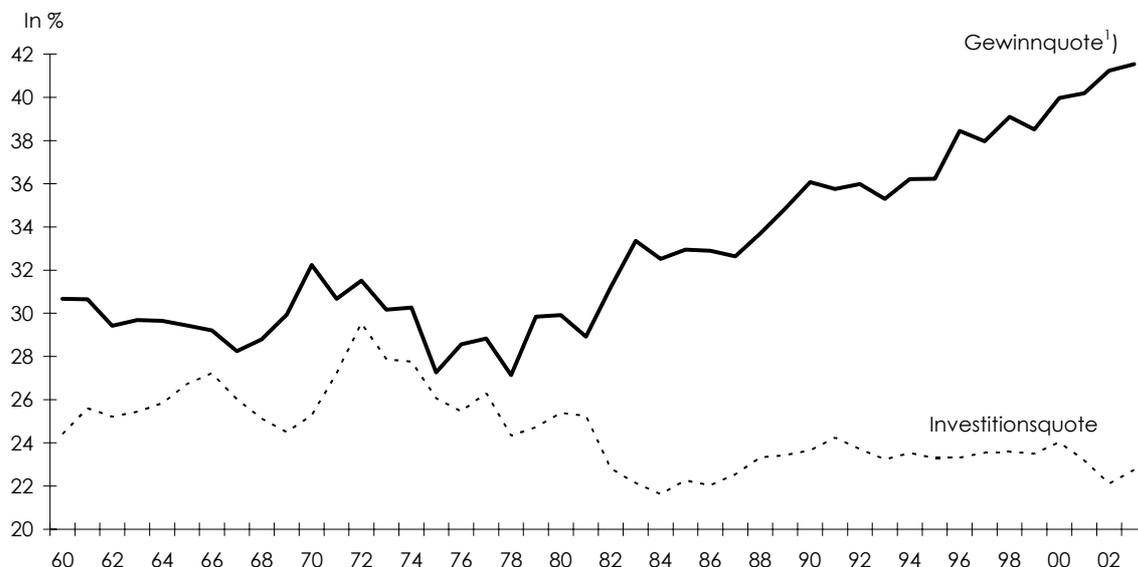
Die kräftige Ausweitung der Besitzeinkommen hat in den letzten zwei Jahrzehnten die Verteilung maßgeblich bestimmt. Einerseits sind zuerst die Zinserträge aufgrund der hohen Zinssätze im Zuge der internationalen Zinshausse und einer kräftigen Ausweitung der Finanzanlagen stark gestiegen, und andererseits haben aufgrund von Änderungen in der Mietzinsregelung die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die auch imputierte Mieten für Eigenheime und Eigentumswohnungen enthalten, sprunghaft zugenommen.

Die Hochzinspolitik führte aber nicht nur zu einer Änderung der Einkommensverteilung zwischen produktiver Unternehmertätigkeit und Rentiers, sondern hatte auch makroökonomisch bedeutsame Auswirkungen auf den Wirtschaftsprozess. Ein Vergleich der Entwicklung der Investitions- mit der Gewinnquote (Abbildung 3.2) signalisiert in den achtziger Jahren eine markante Änderung im Investitionsverhalten: Bis dahin verliefen die Gewinn- und Investitionsquote – abgesehen von ein- bis zweijährigen Verzögerungen – weitgehend parallel; seit Beginn der achtziger Jahre blieb die Investitionsbereitschaft deutlich hinter der Gewinnentwicklung zurück.

Dieses Bild wird durch die Ergebnisse von Bilanzanalysen ergänzt, wonach der Anteil des Finanzanlagevermögens von Industrieunternehmen an ihrem Gesamtvermögen zu Lasten des Sachanlagevermögens seit Mitte der siebziger Jahre rasch expandierte. Der Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme der Großunternehmen der österreichischen Industrie ist von 11,5% im Jahr 1973 bis 1980 auf 15,7% und dann doppelt so stark auf 24% im Jahr 1988 gestiegen (Hahn, 1990). Diese Änderung im Portefeuilleverhalten der Produktionsunternehmen zugunsten stärkerer Veranlagung auf den Finanzmärkten half einerseits den Unternehmen, ein

bestimmtes Ertragsniveau zu sichern, hat aber andererseits die reale Investitionstätigkeit und damit das Wachstums- und Beschäftigungsniveau deutlich gedämpft.

Abbildung 3.2: Gewinn- und Investitionsquote in Österreich



Q: WIFO, Statistik Austria. – 1) Gewinnquote mit bereinigter Lohnquote berechnet .

Die sinkende Lohnquote in den achtziger Jahren ist also nicht als Resultat einer außerordentlichen Belegung der operativen Gewinne zu sehen; sondern kann – zusammen mit der starken Ausweitung der Besitzeinkommen – auch aus dem geänderten Portefeuilleverhalten der Unternehmen erklärt werden. Höhere Investitionen in Sachkapital hätten neben einem stärkeren Wachstum auch ein höheres Beschäftigungsniveau und höhere Gewinne erwarten lassen.

Die überproportionale Ausweitung der Besitzeinkommen führt die Unzulänglichkeit der groben Unterscheidung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen im Rahmen der funktionellen Verteilungsanalyse vor Augen. Einerseits kommt mit wachsendem Wohlstand auch den Besitzeinkommen der Arbeitnehmer- und Pensionistenhaushalten zunehmende Bedeutung zu. Andererseits haben die Finanzanlagen der Unternehmen weiter stärker zugenommen. Aus Änderungen der Lohn- bzw. Gewinnquote kann daher noch nicht unmittelbar auf die Verteilung zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmerhaushalten bzw. auf die Gewinnlage der Wirtschaft geschlossen werden. Dazu muss die Änderung der Struktur der Nichtlohneinkommen berücksichtigt werden.

## **B. Die personelle Einkommensverteilung**

### **5. Entwicklungstendenzen in der Verteilung der Bruttolohneinkommen**

Die Änderungen in der funktionellen Verteilung – die starke Zunahme der Gewinn- und Vermögenseinkommen und das Zurückbleiben der Löhne – wirken auch auf die personelle Einkommensverteilung, denn die Struktur der Faktoreinkommen unterscheidet sich nach Einkommensschichten erheblich. Lohn- und Transfereinkommen spielen in Haushalten mit niedrigen Einkommen eine viel größere Rolle als in den oberen Einkommensschichten, wo Gewinn- und Kapitaleinkünften eine größere Bedeutung zukommt.

In Österreich fehlen aussagekräftige Daten über die Gewinn- und Vermögenseinkommen auf Personenebene. Die personelle Verteilungsanalyse beschränkt sich daher auf die Lohneinkommen; auf Haushaltsebene werden auch die im Mikrozensus erfassten Transfereinkommen (Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder u. a.) einbezogen. Die Lohneinkommen bilden aber mit rund 70% Anteil am Volkseinkommen die bei weitem wichtigste Faktoreinkommensquelle. Ihre Verteilung hat daher bestimmenden Einfluss auf die personelle Verteilung der Einkommen.

Zur Beurteilung der Verteilungstendenzen steht keine längerfristige, integrierte Datenbasis zur Verfügung, die alle Einkommensarten einbezieht. Die Frage nach der längerfristigen Zunahme oder Abnahme der Einkommensunterschiede kann daher nur näherungsweise unter Verwendung verschiedener Datenquellen, die unterschiedliche Aspekte des Problems beleuchten, beantwortet werden.

Längerfristig verfügbare Quellen bilden die Lohnsteuerstatistiken, die Beitragsstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, die Verdiensterhebung in der Industrie für die Bruttopersoneneinkommen und der Mikrozensus für die Nettohaushaltseinkommen.

Die Beitragsstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bildet die zuverlässigste und bislang am häufigsten verwendete Quelle zur Beurteilung der längerfristigen Entwicklung der Verteilung der Lohneinkommen und der sektoralen, geschlechts- und stellungs-spezifischen Einkommensunterschiede. Sie erfasst aber nur Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze und bildet, aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage, die hohen Einkommen nicht ausreichend ab. Diese gehen in die Lohnsteuerstatistik ein, der es aber an langfristiger Vergleichbarkeit fehlt.

#### *5.1 Die Streuung der Lohneinkommen und deren Entwicklung*

Die Ungleichheit der Lohneinkommen hat in den letzten drei Jahrzehnten merklich zugenommen.

Die Beitragsstatistik der Sozialversicherungsträger lässt wohl in der ersten Hälfte der siebziger Jahre auf eine relativ stabile Verteilung der Lohneinkommen schließen; der Ginikoeffizient

blieb mit 0,293 im Jahr 1970 und 0,292 im Jahr 1976 praktisch stabil. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam es aber zu einer spürbaren Entnivellierung der Lohneinkommen<sup>6)</sup>, die sich seither fortsetzte. Der Ginikoeffizient, dessen Anstieg zunehmende Ungleichheit anzeigt, stieg zwischen 1976 und 1981 von 0,292 auf 0,314 – also um 7½% bzw. 1½% pro Jahr. Zwischen 1981 und 1987 betrug die jährliche Zunahme nur 0,1%, von 1987 bis 1990 dann 0,7% p. a., in der ersten Hälfte der neunziger Jahre 0,3% aber in der zweiten Hälfte wieder 0,7% jährlich. Während in diesem rund dreißigjährigen Zeitraum der Einkommensanteil des untersten Fünftels der Arbeitnehmer mit den niedrigsten Einkommen im Großen und Ganzen gleich blieb (7,3% im Jahr 2002), nahm der Einkommensanteil des obersten Fünftels um rund 4 Prozentpunkte auf 39,5% im Jahr 2002 zu.

Übersicht 5.1: Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen Unselbständig Beschäftigte ohne pragmatisierte Beamte

	1970	1976 Juli	1981	1987	1987 <sup>1)</sup>	1990	1995	2000	2000 <sup>2)</sup>	2001	2002
	Einkommensanteil in %										
1. Quintil	6,8	6,8	6,6	6,9	7,4	7,3	7,3	7,1	7,4	7,4	7,3
2. Quintil	14,3	14,1	13,6	13,5	13,9	13,7	13,6	13,3	13,4	13,5	13,4
3. Quintil	18,7	18,7	17,9	17,8	18,1	17,9	17,7	17,6	17,5	17,6	17,5
4. Quintil	23,6	24,2	23,3	23,0	23,1	23,0	22,6	22,4	22,3	22,4	22,3
5. Quintil	36,6	36,3	38,6	38,8	37,6	38,2	38,7	39,6	39,3	39,1	39,5
	Gini-Koeffizient										
Insgesamt	0,293	0,292	0,314	0,316	0,296	0,302	0,306	0,317	0,311	0,310	0,313
Arbeiter	0,267	0,275	0,275	0,265	0,247	0,252	0,244	0,250	0,242	0,243	0,244
Angestellte	0,311	0,295	0,334	0,338	0,312	0,316	0,318	0,329	0,326	0,323	0,325

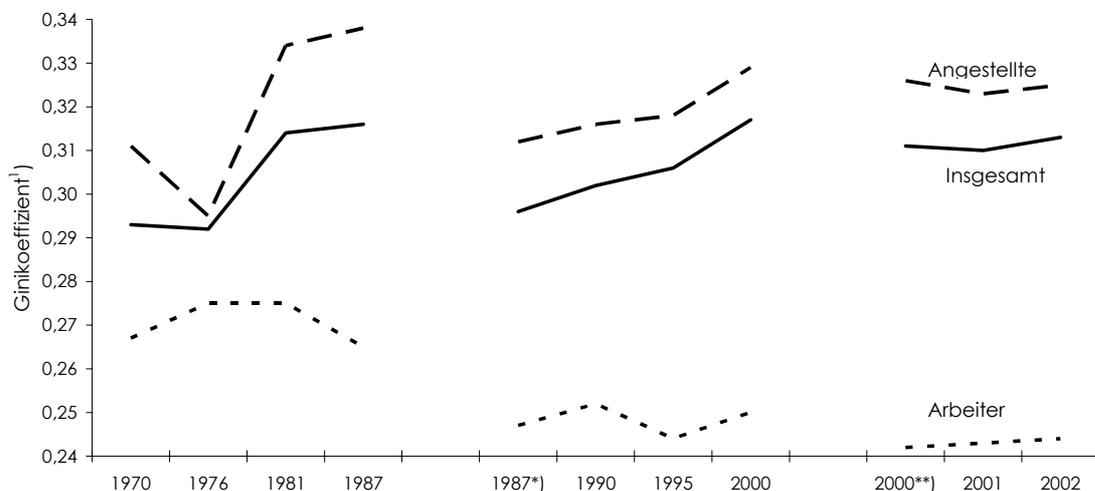
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Bericht über die soziale Lage, Wien 1982, 1987; WIFO-Berechnungen. – 1) Umstellung auf Jahresherhebung mit Sonderzahlungen. – 2) Änderung der Lohnstufenbreite in Zusammenhang mit der Euro-Umstellung.

Die Beitragsstatistik der Sozialversicherungsträger bildet aber die beiden Enden der Verteilung – die niedrigen und die Spitzeneinkommen – nicht zuverlässig ab. Die niedrigen Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze und die hohen über der Höchstbeitragsgrundlage finden in der Lohnsteuerstatistik ihren Niederschlag; und obwohl diese im Zeitverlauf Brüche aufweist<sup>7)</sup> und sehr vorsichtig interpretiert werden muss, lassen auch die Daten aus der Steuerstatistik heute auf größere Einkommensdisparitäten schließen als zu Beginn der siebziger Jahre.

<sup>6)</sup> In einer detaillierten Analyse der Sozialversicherungsdaten datieren *Gusenleitner – Winter-Ebmer – Zweimüller* (1996), die Umkehr in den Verteilungstrends mit dem Jahr 1977.

<sup>7)</sup> Die Lohnsteuerstatistik stellt seit der Einführung der allgemeinen Arbeitnehmerveranlagung 1994 eine Vollausswertung dar und weist seither rund 400.000 Beschäftigte mehr aus als die Sozialversicherungsstatistik; davor erfasste die Lohnsteuerstatistik einige hunderttausend Beschäftigte weniger als die Sozialversicherungsstatistik.

Abbildung 5.1: Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen Unselbständig Beschäftigte ohne pragmatisierte Beamte



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Bericht über die soziale Lage, Wien 1982, 1987; WIFO-Berechnungen. – \*) Umstellung auf Jahreserhebung mit Sonderzahlungen. – \*\*) Änderung der Lohnstufenbreite in Zusammenhang mit der Euro-Umstellung. – <sup>1)</sup> Der Ginikoeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen; je kleiner (größer) der Ginikoeffizient umso gleicher (ungleicher) ist die Verteilung.

Die Lohnsteuerstatistik, die seit 1994 eine Vollausswertung mit einem nahezu vollständigen Erfassungsgrad darstellt, erfasst alle Personen mit lohnsteuerpflichtigen Einkommen. Im Unterschied zur Sozialversicherungsstatistik werden also auch in voller Höhe geringfügig und kurzfristig Beschäftigte berücksichtigt, sowie die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage. Die Lohnsteuerstatistik weist daher für die Arbeitnehmer seit 1994 viel größere Einkommensdisparitäten aus als die Sozialversicherungsdaten; der Ginikoeffizient aus den Lohnsteuerdaten ist um rund ein Drittel höher als der aus den Sozialversicherungsdaten. Vor 1994 dürften auch die Lohnsteuerdaten die geringfügig und kurzfristig Beschäftigten (Ferialjobs) nicht systematisch erfasst haben, außerdem ist die vollständige Vergleichbarkeit nur bis 1982 gegeben.

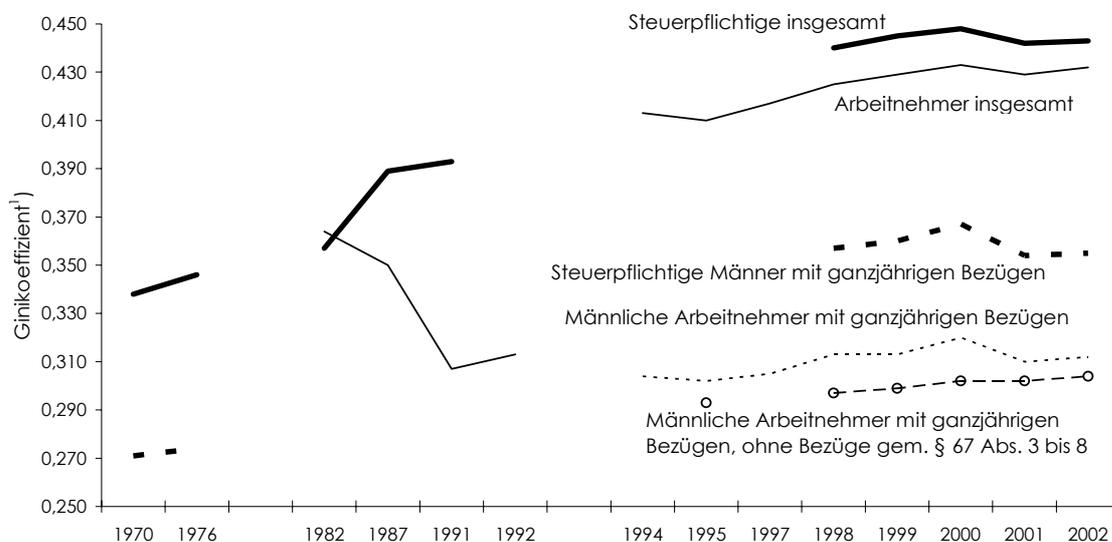
Soweit über mehrere Jahre vergleichbare Daten vorliegen, weist auch die Lohnsteuerstatistik zunehmende Einkommensdisparitäten aus. Zwischen 1976 und 1982 stieg der Ginikoeffizient der Arbeitnehmereinkommen von 0,349 auf 0,364 oder um 0,7% pro Jahr und in der nächsten vergleichbaren Periode, Mitte der neunziger Jahre bis 2002, wieder um 0,7% jährlich, von 0,410 im Jahr 1995 auf 0,432 im Jahr 2002. Auch die Daten für alle Lohnsteuerpflichtigen (Arbeitnehmer und Pensionisten) lassen anhand des Ginikoeffizienten – soweit vergleichbare Daten verfügbar sind – auf wachsende Einkommensdisparitäten mit ähnlichem Muster wie die Sozialversicherungsdaten schließen. Für die ganzjährigen Bezüge nahm das Ginimaß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nur leicht (+0,2% jährlich), zwischen 1976 und 1982 aber um 0,8% pro Jahr und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um 1,2% pro Jahr zu.

Übersicht 5.2: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen  
Ginikoeffizienten und Quintile aus der Lohnsteuerstatistik

	1970	1976	1982	1987	1991	1992	1994	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Ginikoeffizienten</b>														
<b>Steuerpflichtige</b>														
Insgesamt	0,338	0,346	0,357	0,389	0,393		0,431		0,440	0,445	0,448	0,442	0,443	
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,271	0,274	0,287				0,345		0,357	0,360	0,367	0,354	0,355	
<b>Arbeitnehmer</b>														
Insgesamt		0,349	0,364	0,350	0,307	0,313	0,413	0,410	0,417	0,425	0,429	0,433	0,429	0,432
Männer mit ganzjährigen Bezügen														
Insgesamt							0,304	0,302	0,305	0,313	0,313	0,320	0,310	0,312
Ohne Bezüge gem. §67 Abs. 3 bis 8							0,293		0,297	0,299	0,302	0,302	0,304	
<b>Quintile</b>														
<b>Arbeitnehmer</b>														
Insgesamt														
1. Quintil		4,8	4,5	5,4	7,4	6,9	2,8	2,9	2,8	2,7	2,6	2,5	2,5	2,4
2. Quintil		12,7	12,4	12,7	13,7	13,7	10,8	10,9	10,8	10,6	10,3	10,2	10,0	9,9
3. Quintil		18,3	18,0	17,7	17,5	17,6	17,7	17,7	17,6	17,6	17,5	17,4	17,4	17,4
4. Quintil		24,0	23,9	23,1	22,6	22,7	24,1	24,1	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4
5. Quintil		40,2	41,2	41,0	38,8	39,1	44,6	44,4	44,7	44,9	45,5	45,7	45,8	45,9

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5.2: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen



Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Der Ginikoeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen; je kleiner (größer) der Ginikoeffizient umso gleicher (ungleicher) ist die Verteilung.

Die Zunahme der Streuung seit den siebziger Jahren geht nicht nur auf Unterschiede in der Entlohnung zurück, sondern ist am unteren Ende der Verteilung zum Teil durch den jetzt höheren Erfassungs- und Auswertungsgrad und die Zunahme geringfügiger, kurzfristiger und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse bedingt, dagegen dürften sich am oberen Ende vermehrte Abfertigungszahlungen auswirken. Greift man daher, um die durch Änderungen in der Intensi-

tät des Arbeitseinsatzes (Teilzeitbeschäftigung) und durch Abfertigungen verursachten Einflüsse weitgehend auszuschalten, nur die ganzjährig beschäftigten männlichen Arbeitnehmer heraus, so nahm auch dann der Ginikoeffizient in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre kräftig zu; um 1,2% pro Jahr von 0,302 im Jahr 1995 auf 0,320 im Jahr 2000. Während die Sozialversicherungsdaten (Übersicht 5.1) seit 2000 eine leichte Zunahme der Einkommensungleichheit signalisieren, weisen die Lohnsteuerdaten auf eine Verringerung der Ungleichheit hin. Für Männer mit ganzjährigen Bezügen sank der Ginikoeffizient allein von 2000 auf 2001 um gut 3% und stieg 2002 wieder um 0,6%<sup>8)</sup>.

Nach den vorliegenden Daten haben die Einkommensunterschiede in den neunziger Jahren spürbar zugenommen. Vor allem für die zweite Hälfte der neunziger Jahre ergeben die für diese Periode methodisch zuverlässigen Daten der Lohnsteuerstatistik eine starke Zunahme der Ungleichheit. Während die Bruttobezüge des 1. Fünftels der Arbeitnehmer mit den niedrigsten Einkommen zwischen 1995 und 2000 um 1,6% und ihre Pro-Kopf-Löhne um 5,8% schrumpften, nahmen die Einkommen der 5% mit den höchsten Bruttobezügen um 23,5% und deren Pro-Kopf-Einkommen um 18,3% zu. Umgekehrt gingen danach 2001 die hohen Einkommen deutlich zurück. Besonders ausgeprägt war diese starke Zunahme der Spitzeneinkommen Ende der neunziger Jahre und ihr Rückgang 2001 bei männlichen Arbeitnehmern und Pensionisten.

Die Ursache für diese ökonomisch schwer interpretierbare Entwicklung liegt in einer Änderung der Besteuerung der Einkünfte von Pensions- und Urlaubsabfindungen. Diese waren bis 2000 steuerbegünstigt und werden seit 2001 der Normalbesteuerung unterzogen. Die überproportionale Inanspruchnahme solcher steuerbegünstigter Pauschalbezüge, die in der Regel mit Pensionierung verbunden waren und sich daher auch in der Verteilung der Pensionseinkommen niederschlagen, hat im Jahr 2000 die Verteilung in zweifacher Weise verzerrt: Zum einen handelt es sich um hohe Pauschalbeträge, die kurzfristig die Verteilung verändern, und zum anderen haben Bezieher hoher Lohneinkommen in überproportionalem Ausmaß betriebliche Pensionsansprüche, so dass diese steuerrechtliche Änderung in höheren Einkommensklassen eine größere Rolle spielt.

Ohne diese steuerbegünstigten Pauschaleinkünfte ergeben die Lohnsteuerdaten ein ähnliches Bild wie die Beitragsstatistik der Sozialversicherung. Danach nahm in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Ungleichheit stärker zu als in der ersten Hälfte; der Ginikoeffizient der Einkünfte der Männer mit ganzjährigen Bezügen ohne die Einkünfte nach § 67 Abs. 3 bis 8 des Einkommensteuergesetzes stieg um 0,6% pro Jahr und damit etwa gleich wie jener für die Einkommen aus der Sozialversicherungsstatistik.

---

<sup>8)</sup> Gemessen am Dezilabstand (10./3.) ergeben sich die gleichen Ergebnisse: Für Arbeitnehmer insgesamt lag das Durchschnittseinkommen im 10. Dezil beim 6,32-fachen des 3. Dezils; diese Relation stieg bis 2002 auf 7,44. Auch für männliche Arbeiter, deren Teilzeitbeschäftigungsquote sich nur wenig geändert hat, vergrößerte sich der Abstand vom 5,01-fachen auf das 5,95-fache.

Für die Perioden, für die nach beiden Quellen über die Zeit vergleichbare Daten vorliegen, ergibt sich ein relativ einheitliches Bild. In den Jahren der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung blieb die Verteilung der Lohneinkommen relativ stabil und zeigte zum Teil auch leichte Nivellierungstendenzen. Perioden mit ausgeprägter Wachstumsschwäche sowie Arbeitsmarkt- und Strukturproblemen waren dagegen mit wachsender Ungleichheit verbunden.

Während frühere Analysen (Chaloupek, 1981) für die sechziger Jahre eher Nivellierungstendenzen ausweisen, blieb in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Verteilung stabil. Wie im übrigen Kontinentaleuropa hat auch in Österreich ab Mitte der siebziger Jahre die Streuung der Lohneinkommen zugenommen, besonders stark seit Mitte der neunziger Jahre. Es kam aber zu keiner starken Zunahme der Ungleichheit wie in den USA seit Mitte und in Großbritannien seit Ende der siebziger Jahre.

## 5.2 Die Entwicklung der sektoralen Lohnunterschiede

Österreich zählt trotz seiner korporatistischen Verbandsstruktur und einer starken, zentralistisch organisierten Gewerkschaftsbewegung zu den Ländern mit hohen sektor- bzw. branchenspezifischen Lohn- und Arbeitskostenunterschieden. Mitte der achtziger Jahre wies Österreich in Europa die größten branchenspezifischen Lohndifferentiale aus (Guger, 1990), diese nahmen seither weiter zu.

Am höchsten sind die Löhne in der Energiewirtschaft. Gemessen an den mittleren Monats-Einkommen (Median) aus den Sozialversicherungsdaten (1.900 € im Jahr 2002), zahlt die Mineralölwirtschaft das Doppelte und die Energie- und Wasserversorgung um zwei Drittel mehr als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Die Kredit- und Versicherungswirtschaft und der Bergbau zahlen rund 45% bzw. rund 40%, die Chemie- und Fahrzeugindustrie sowie Druck und Papier, Maschinenbau, Büromaschinen, Elektrotechnik und Feinmechanik rund 30%, die Metallindustrie und die Glasbearbeitung rund ein Fünftel und die Bauwirtschaft ein Achtel mehr als im Durchschnitt.

Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen die Verdienste in der Öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungsanstalten, das Verkehr- und Nachrichtenwesen, sowie die Holzbe- und -verarbeitung; knapp darunter die Verdienste im Unterrichtswesen und bei der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sport- und Spielwaren. Fast 10% weniger als der Durchschnitt zahlen die Nahrungsmittelindustrie und der Wirtschaftszweig Realitätenwesen und unternehmerische Dienstleistungen. Im Handel (einschließlich Fahrzeugreparaturen) und im Gesundheitswesen liegen die Einkommen 12% und in der Textil- und Bekleidungsherstellung 15% unterm Durchschnitt; in der Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen gut ein Fünftel, in der Leder- und Schuhindustrie ein Viertel, im Tourismus fast 30% und in der Land- und Forstwirtschaft mehr als ein Drittel unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Übersicht 5.3: Mittlere Einkommen nach Wirtschaftsklassen 2002

Wirtschaftsklassen (ÖNACE)	Unselbständig Beschäftigte insgesamt 2002	
	In €	Insgesamt = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.215	63,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.622	137,9
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	1.735	91,3
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.626	85,5
Ledererzeugung- und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.433	75,4
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	1.882	99,0
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung	2.547	134,0
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	3.810	200,4
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.561	134,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.152	113,2
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	2.286	120,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.312	121,6
Maschinenbau	2.458	129,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und - einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2.437	128,2
Fahrzeugbau	2.471	130,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstige Erzeugnissen; Rückgewinnung (Recycling)	1.781	93,7
Energie- und Wasserversorgung	3.197	168,2
Bauwesen	2.131	112,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1.677	88,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.312	69,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.891	99,5
Kredit- und Versicherungswesen	2.766	145,5
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	1.736	91,3
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.887	99,3
Unterrichtswesen	1.796	94,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.671	87,9
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.484	78,1
Private Haushalte	829	43,6
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.192	115,3
Insgesamt	1.901	100,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen.

Die Rangordnung in der Lohnhierarchie der einzelnen Branchen ist international im Großen und Ganzen recht einheitlich und historisch relativ stabil. Die Lohndifferentiale erklären sich vor allem durch Unterschiede in der Kapitalausstattung der Unternehmen (Kapitalintensität), der Betriebsgröße, der Qualifikation der Arbeitskräfte oder durch besondere Erschwernisse in der Produktion, der Ertragskraft und der Marktmacht der Unternehmen sowie dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeitnehmer.

Die Beurteilung der längerfristigen Entwicklung der sektoralen Lohndifferentiale ist durch die Umstellung der Klassifizierung der Wirtschaftsbereiche auf ÖNACE, die im Zuge des Beitritts zur EU erfolgte, etwas eingeschränkt. Die Einkommensdaten werden deshalb für die Periode 1980/1994 und für die Periode 1995/2002 getrennt ausgewiesen.

Die intersektoralen Lohnunterschiede haben seit Beginn der achtziger Jahre kontinuierlich zugenommen: Die Sektoren mit den höchsten Einkommen, Energie- und Wasserversorgung sowie die Mineralölverwaltung, haben ihre Position noch weiter ausgebaut, sie zahlten 1980 gut die Hälfte mehr als der Durchschnitt. Auch die Beschäftigten in der Kredit- und Versicherungswirtschaft, im Druck- und Verlagswesen, sowie in der Papierindustrie vergrößerten ihren Vorsprung. Aufgeholt haben auch die Textil- und Bekleidungsindustrie – primär durch eine verschärfte Strukturanpassung, die mit einer Halbierung der Beschäftigung einherging. Die Beschäftigten der Land- und Forstwirtschaft fielen dagegen noch weiter zurück: Sie erhielten 1980 noch 83% des Durchschnittseinkommens, 2002 nur noch 64%. Die übrigen Sektoren haben in den letzten beiden Jahrzehnten ihre Einkommenspositionen kaum verändert, obwohl beträchtliche strukturelle Änderungen im Gange waren, und die Sachgüterproduktion gut ein Fünftel der Beschäftigten einbüßte, während die Dienstleistungssektoren ihre Beschäftigung um ein Drittel ausweiteten.

Übersicht 5.4: Entwicklung der Einkommensunterschiede zwischen den Wirtschaftsklassen  
Auf Basis der Medianeinkommen

	1980	1990	1993	1994	1995	2000	2001	2002
	Variationskoeffizient ungewichtet							
Unselbständig Beschäftigte	23,4	24,6	24,7	24,9	28,7	29,4	29,4	29,4
Männer	18,5	21,2	21,7	21,8	24,5	26,1	26,4	26,7
Frauen	14,6	16,7	16,9	17,3	25,7	27,1	26,7	26,8
Arbeiter	26,0	26,4	26,6	26,2	32,8	34,4	34,1	34,4
Männer	18,7	20,1	20,0	19,4	24,2	26,7	26,2	26,9
Frauen	14,8	15,5	15,9	15,3	23,8	21,8	21,5	22,3
Angestellte	23,1	23,6	23,1	23,7	27,0	27,2	27,5	27,4
Männer	17,8	18,6	17,3	18,4	22,0	22,9	22,6	22,1
Frauen	13,5	15,4	15,0	15,7	22,5	23,6	23,7	23,6
	Variationskoeffizient gewichtet							
Unselbständig Beschäftigte	16,8	17,2	17,0	17,2	18,3	18,8	18,9	19,2
Männer	13,4	15,4	15,4	15,7	16,3	16,9	17,0	17,2
Frauen	11,4	13,0	13,0	13,3	15,9	16,2	16,2	16,3
Arbeiter	20,2	19,9	19,9	19,6	19,6	20,6	20,9	21,1
Angestellte	19,6	20,5	20,0	20,3	20,4	20,4	20,4	20,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen. Von 1980 bis 1994 wurde der Variationskoeffizient ohne den Bereich Haushalt und Hauswartung berechnet. Seit 1995 folgt die Gliederung der Wirtschaftstätigkeiten der ÖNACE-Systematik.

Gemessen am Variationskoeffizienten als Streuungsmaß haben die intersektoralen Einkommensunterschiede seit Beginn der achtziger Jahre zugenommen. In Relation zum Durchschnittseinkommen ist die Streuung der Monatsverdienste zwischen 1980 und 1994 um 1½ Prozentpunkte und nach der neuen ÖNACE Gliederung von 1995 bis 1998 nochmals um 1,2 Prozentpunkte gestiegen. Der ungewichtete Variationskoeffizient für alle unselbständig Beschäftigten sank dann im Jahr 1999 um 0,4 Prozentpunkte auf 29,4 und blieb seither konstant. Ausschlaggebend für diese sinkenden Lohndifferentiale nach 1998 dürften die verlängerten Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten bzw. eine Zunahme der Vollzeitwerbstätigkeit im Gefolge der günstigen Konjunktur- und Arbeitsmarktlage gewesen sein; die Arbeitslosenrate ist von 7,2% im Jahr 1998 auf 5,8% im Jahr 2000 gesunken.

Während in den achtziger Jahren die sektoralen Lohndifferenzen generell zunahmten, zeigen die neunziger Jahre ein differenzierteres Bild. Getrennt nach Geschlechtern betrachtet sind in den frühen neunziger Jahren sowohl für Arbeiterinnen als auch für männliche Angestellte die Einkommensunterschiede leicht gesunken. Für weibliche Arbeiter hielt diese Entwicklung insofern an, als trotz einer deutlichen Zunahme im Jahr 2002 das Streuungsmaß noch immer 1½ Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 1995 lag.

Hier dürften sowohl die Strukturanpassungen als auch die Lohnpolitik eine wesentliche Rolle gespielt haben. Erstens hat sich die Beschäftigtenstruktur innerhalb der Sektoren verschoben. In den Niedriglohnbranchen (Bekleidung, Leder, Textil) hat vor allem ein Abbau der Zahl der geringqualifizierten Beschäftigten stattgefunden, dies hat das Durchschnittseinkommen in den betroffenen Wirtschaftsklassen erhöht. In den Hochlohnbranchen (Erdöl, Papier) hingegen sind im Wege von Frühpensionierungen eher gutbezahlte Beschäftigte abgebaut worden, womit dort die Durchschnittseinkommen gedrückt wurden. Zweitens haben in Relation zu den Dienstleistungsbranchen, die in etwa den Durchschnittslohn zahlen, die ausgeprägten Hochlohn- und Niedriglohnbranchen an Beschäftigung eingebüßt. Daher steigt der gewichtete Variationskoeffizient viel schwächer als der ungewichtete. Die sektoralen Lohnunterschiede der Arbeiter sind danach zwischen 1980 (20,2%) und 1994 (19,6%) leicht gesunken, und die Streuung der Fraueneinkommen ist insgesamt seit 1990 nur leicht gestiegen. Generell dürfte sich in den Daten der frühen neunziger Jahre auch die Mindestlohnpolitik der Gewerkschaften in einer Verringerung der sektoralen Lohndifferentiale niedergeschlagen haben.

Zwischen 1995 und 1998 sind die Unterschiede der Arbeiter- und Angestellteinkommen zwischen den Branchen deutlich gestiegen; während sich anhand des gewichteten Variationskoeffizienten die Arbeiterlöhne seither zwischen den Wirtschaftszeigen weiter differenzierten, ging die Streuung der Gehälter wieder fast auf das Niveau von 1995 zurück.

Die bisherige Analyse basierte auf Monateinkommensdaten und berücksichtigte die Arbeitszeit nicht. Teilzeitbeschäftigung und irregulären Arbeitszeiten kommen aber generell wachsende Bedeutung für die Höhe und Entwicklung der Einkommen zu. Für die Sachgüterproduktion liegen aus der Lohnerhebung (seit 1963), der Beschäftigtenstatistik der Industrie (von 1971 bis 1995) und seit 1996 aus der Konjunkturstatistik Daten vor, die eine weitergehende Analyse

der Entwicklung der Lohnunterschiede unter Berücksichtigung der Arbeitszeit und zum Teil auch der Qualifikation erlauben.

Die Rangordnung der Lohnhierarchie auf Basis der Stundenverdienste der Arbeiter entspricht im Großen und Ganzen jener der Sachgüterbranchen auf Basis der Monatsverdienste aus der Sozialversicherungsstatistik. In den vergangenen 30 Jahren erfuhren allerdings einige Branchen markante Positionsverschiebungen, die den Wandel in der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Branchen unterstreichen: Die Giessereien, die 1971 noch die 4. Position in der Lohnhierarchie einnahmen und damals 15% mehr zahlten als der Durchschnitt der Industrie, nehmen heute den 8. Platz ein und zahlen kaum mehr als der Durchschnitt. Auch die Ledererzeugung, Holzverarbeitung und die Eisen- und Metallwarenindustrie sind abgestiegen und bleiben heute deutlich weiter hinter der Durchschnittsentlohnung zurück als zu Beginn der siebziger Jahre. Die Branchen Steine und Keramik, Chemie und Glas, deren Löhne heute im Durchschnitt liegen, zahlten zu Beginn der neunziger Jahre 3% bis 5% mehr. Deutlich und anhaltend verbessern konnten sich die Papiererzeugung und die Papierverarbeitung. Die Fahrzeug- und die Elektroindustrie verbesserten ihre Lohnposition in den neunziger Jahren merklich, zahlen aber in Relation zum Durchschnitt jetzt (2002) wieder gleich viel wie zu Beginn der siebziger Jahre.

Die branchenspezifischen Unterschiede in den Stundenverdiensten haben sich in den siebziger und achtziger Jahren auf den ersten Blick deutlich vergrößert. Gemessen am Variationskoeffizient nahm die Streuung von 16,5% im Jahr 1971 auf 19,1% im Jahr 1981 und 23,2% im Jahr 1991 zu. Seit Beginn der neunziger Jahre blieb die Streuung relativ stabil, sie ist nur 1995 um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, seither aber wieder leicht gesunken. Diese Zunahme der Lohndifferenziale beschränkte sich allerdings im Großen und Ganzen auf wenige Branchen: Im Hochlohnbereich auf die Erdölbranche, die zu Beginn der siebziger Jahre rund 40% heute aber 75% mehr zahlt als der Durchschnitt der Sachgütererzeugung, und im Niedriglohnbereich auf die Branchen Lederverarbeitung, Ledererzeugung und Bekleidung, die heute zwischen 10 und 20 Prozentpunkte weiter hinter dem Durchschnitt zurückfallen als 1971. Ohne diese Branchen nahm die Streuung nur in den achtziger Jahren um rund 1 Prozentpunkt zu und sank seither wieder, sodass sie heute geringer ist als zu Beginn der siebziger Jahre.

Aus der Lohnstatistik der Industrie liegen seit 1963 auch Stundenverdienste nach Qualifikationen vor. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Hilfs- und den Facharbeiterlöhnen zeigt, dass die Hilfsarbeiterlöhne in den Jahren guter Arbeitsmarktlage gegenüber den Facharbeiterlöhnen aufholten. Anfang der neunziger Jahre kam diese Entwicklung zum Stillstand; die Hilfsarbeiterlöhne blieben bis Mitte der neunziger Jahre und in den letzten Jahren wieder hinter den Facharbeiterlöhnen zurück.

*Übersicht 5.5: Entwicklung der Lohnunterschiede nach Branchen und Qualifikation  
Bruttostundenverdienste ohne Sonderzahlungen je Arbeiter in der Industrie*

	1971	1981	1991	1994	1995	1996	1997	2002	In EUR
	Industrie insgesamt = 100					Industrie insgesamt = 10 <sup>0</sup>			
Erdöl	138,9	149,9	165,0	168,3	170,3	173,4	174,1	175,2	20,11
Eisenhütten	126,3	121,9	125,4	125,4	126,5	126,2	126,3	123,3	14,16
Papierherstellung	120,8	121,2	126,9	120,7	120,4	127,3	120,9	122,0	14,00
Bergwerke	112,6	119,1	123,9	121,1	124,1	123,5	123,7	120,3	13,81
Metall	111,0	109,3	112,4	108,1	108,9	107,4	108,3	111,5	12,80
Maschinen-, Stahlbau	110,2	110,5	110,1	108,3	108,4	106,3	106,7	107,8	12,38
Fahrzeuge	107,5	102,5	105,9	104,6	105,0	109,9	109,3	107,4	12,33
Gießerei	114,6	112,5	104,5	101,7	102,3	101,5	101,9	107,1	12,29
Steine, Keramik	105,9	106,3	103,1	103,9	102,8	103,1	104,2	101,2	11,62
Chemie	104,7	105,7	103,7	103,5	102,9	101,9	101,8	100,9	11,58
Glas	104,4	106,1	105,1	103,3	102,7	102,6	100,2	99,0	11,37
Nahrungs- und Genussmittel	96,5	98,3	99,4	98,8	98,0	95,5	97,1	97,6	11,21
Papierverarbeitung	87,1	87,5	91,6	93,3	92,0	90,7	92,5	95,9	11,01
Elektro	94,2	96,7	98,6	99,7	99,6	99,1	99,1	95,2	10,93
Eisen- u. Metallwaren	97,3	93,8	94,8	93,5	93,9	93,8	93,6	93,3	10,71
Holzverarbeitung <sup>1)</sup>	94,5	92,6	86,9	90,3	90,9	90,3	89,8	90,4	10,38
Textil	80,4	78,6	79,5	78,4	78,5	78,6	80,1	80,2	9,21
Lederherstellung	79,6	71,1	68,3	68,6	69,4	68,5	67,7	67,9	7,79
Bekleidung	70,2	65,9	60,9	61,0	60,3	59,8	59,5	61,4	7,05
Lederherstellung	80,0	76,4	62,7	61,8	59,1	58,1	57,8	58,4	6,71
Industrie insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	11,48
Variationskoeffizient	16,5	19,1	23,2	23,3	24,0	24,9	24,8	24,5	
Relative Spanne Hilfs-/Facharbeiterlo	63,4	66,5	68,6	68,0	68,2	67,8	68,4	67,4	

Q: Statistik Austria, Beschäftigtenstatistik der Industrie, ab 1996 Konjunkturstatistik; Wirtschaftskammer Österreich, Lohnstatistik der Industrie; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ab 2000 einschließlich Sägeindustrie.

### 5.3 Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede

Im Durchschnitt über alle Wirtschaftsklassen lagen die Einkommen der Frauen im Jahr 2002 bei 67,2% der Männereinkommen, das ist um 1,6 Prozentpunkte niedriger als 1995. 1980 waren die Fraueneinkommen im Durchschnitt auf 64,9% der Einkommen der männlichen Kollegen gekommen. Laut Sozialversicherungsdaten hat während der achtziger Jahre und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine leichte Nivellierung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede stattgefunden. Die Arbeiterinnen verdienten 2002 im Durchschnitt 61,5% der männlichen Kollegen, im Bereich der Angestellten betragen die Frauengehälter 59,5% der Männergehälter. Sowohl bei den Arbeitern, als auch bei den Angestellten sind die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede bis 1994 gesunken, seitdem haben sie sich wieder ausgeweitet.

Vor allem im Bereich der niedrigen Einkommen – an der Grenze zum 2. Quartil – blieben die Fraueneinkommen in den letzten zwei Jahrzehnten stark zurück: Die Arbeiterinnen konnten in den achtziger Jahren rund 3 Prozentpunkte gegenüber ihren männlichen Kollegen aufholen, verloren aber seit 1990 wieder fast 7 Prozentpunkte und verdienten 2002 etwa 53% des Einkommens der Arbeiter. Weibliche Angestellte konnten im Bereich niedriger Einkommen auch in den achtziger Jahren ihre Position nicht verbessern und verloren seit 1993 rund 4 Prozentpunkte gegenüber männlichen Angestellten. Im höheren Einkommensbereich – an der

Grenze zwischen dem 3. und 4. Quartil – konnten sowohl Arbeiterinnen als auch weibliche Angestellte bis Mitte der neunziger Jahre ihre relative Einkommensposition gegenüber ihren männlichen Kollegen merklich verbessern. Während Arbeiterinnen seither nur schwach 1½ Prozentpunkte ihrer relativen Position einbüßten und 2002 über etwa 65% des Einkommens der Arbeiter verfügten, fielen der geschlechtsspezifische Einkommensrückstand für weibliche Angestellte wieder fast auf das relative Niveau von 1990, die Einkommen liegen bei etwa 62% jener der männlichen Kollegen.

Übersicht 5.6: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede (mit und ohne Arbeitszeitstandardisierung)  
Medianeinkommen

	1980	1990	1993	1994	1995	1997	1998	2000	2001	2002
Frauen-Einkommen in % der Männer-Einkommen										
Erwerbstätige	64,9	67,8	69,2	69,2	68,8	67,7	67,2	67,0	67,1	67,2
Bereinig <sup>1)</sup> )	71,2	76,5	78,6	78,5	80,6	79,1	80,5	81,2	81,5	82,2
Arbeiter	61,5	64,5	65,3	65,0	64,5	63,6	62,8	61,9	61,7	61,5
Angestellte	59,8	60,3	61,6	61,4	61,1	59,8	59,7	59,9	59,8	59,5

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Bereinigt um durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

Übersicht 5.7: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	1980	1990	1993	1994	1995	1997	1998	2000	2001	2002
Frauen-Einkommen in % der Männer-Einkommen										
<i>1. Quartilsobergrenze</i>										
Erwerbstätige	61,8	64,6	64,7	64,4	63,9	62,1	61,1	60,9	60,6	60,5
Arbeiter	57,7	60,6	59,8	59,3	58,2	56,1	54,9	54,0	53,8	53,4
Angestellte	62,3	61,3	62,0	61,4	61,1	59,5	58,9	58,7	58,4	58,1
<i>3. Quartilsobergrenze</i>										
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,5	70,4	70,2	69,5	69,2	69,1	69,1	69,1
Arbeiter	62,3	65,3	66,5	66,3	65,9	65,4	65,1	64,7	64,9	65,1
Angestellte	62,1	64,6	65,8	65,5	64,7	62,2	61,7	62,3	62	62,3

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen.

Die Gruppe der Wirtschaftsklassen mit den höchsten Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen setzt sich aus Hochlohn- und Niedriglohnbranchen zusammen. Ausgehend von den mittleren Monatseinkommen bleiben in der Energie- und Wasserversorgung, in der Nahrungsmittelindustrie, im Handel, in der Kredit- und Versicherungswirtschaft sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Fraueneinkommen am stärksten hinter den Männereinkommen zurück (35% bis 40%). Frauen arbeiten in diesen Branchen zum einen in stärkerem

Maße Teilzeit und führen zu anderen weniger qualifizierte Tätigkeiten aus bzw. können in der betrieblichen Hierarchie weniger leicht nach oben vordringen.

Übersicht 5.8: Mittlere Einkommen von Männern und Frauen nach Wirtschaftsklassen

Wirtschaftsklassen (ÖNACE)	2002 In €	Beschäftigte insgesamt		
		1995	2002 Einkommensrelation Frauen/Männer in %	
		Unbereinigt	Unbereinigt	Bereinigt <sup>1)</sup>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.215	73,5	74,5	88,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.622	68,8	71,3	97,0
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	1.735	62,3	62,3	74,9
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.626	63,7	64,6	72,4
Ledererzeugung- und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.433	76,4	77,2	85,2
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	1.882	75,9	74,2	89,7
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung	2.547	62,4	65,2	76,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	3.810	83,7	83,8	70,3
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.561	67,2	72,6	82,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.152	70,7	70,2	87,4
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	2.286	71,6	72,1	83,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.312	73,5	70,6	78,3
Maschinenbau	2.458	71,0	69,3	83,4
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2.437	67,4	65,8	73,6
Fahrzeugbau	2.471	73,4	75,2	84,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstige Erzeugnissen; Rückgewinnung (Recycling)	1.781	79,5	78,0	91,7
Energie- und Wasserversorgung	3.197	64,4	60,9	65,4
Bauwesen	2.131	72,6	69,1	89,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1.677	65,0	62,8	81,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.312	84,9	83,1	99,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.891	79,2	80,6	95,6
Kredit- und Versicherungswesen	2.766	66,6	63,7	79,1
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbez. Dienstleistungen	1.736	66,1	68,0	88,1
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.887	83,8	81,3	96,0
Unterrichtswesen	1.796	72,7	80,4	92,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.671	71,4	70,5	87,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.484	67,9	66,3	85,5
Private Haushalte	829	76,8	93,0	116,8
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.192	89,9	86,7	94,6
Insgesamt	1.901	68,8	67,2	82,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Bereinigt um durchschnittlich geleistete Arbeitszeit aus dem Mikrozensus.

Die geringsten Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern (10% bis 20%) bestehen in so unterschiedlichen Branchen wie der Mineralölindustrie, der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen, den internationalen Organisationen, dem Beherbergungs- und Gaststätten- sowie dem Verkehr und Nachrichtenwesen.

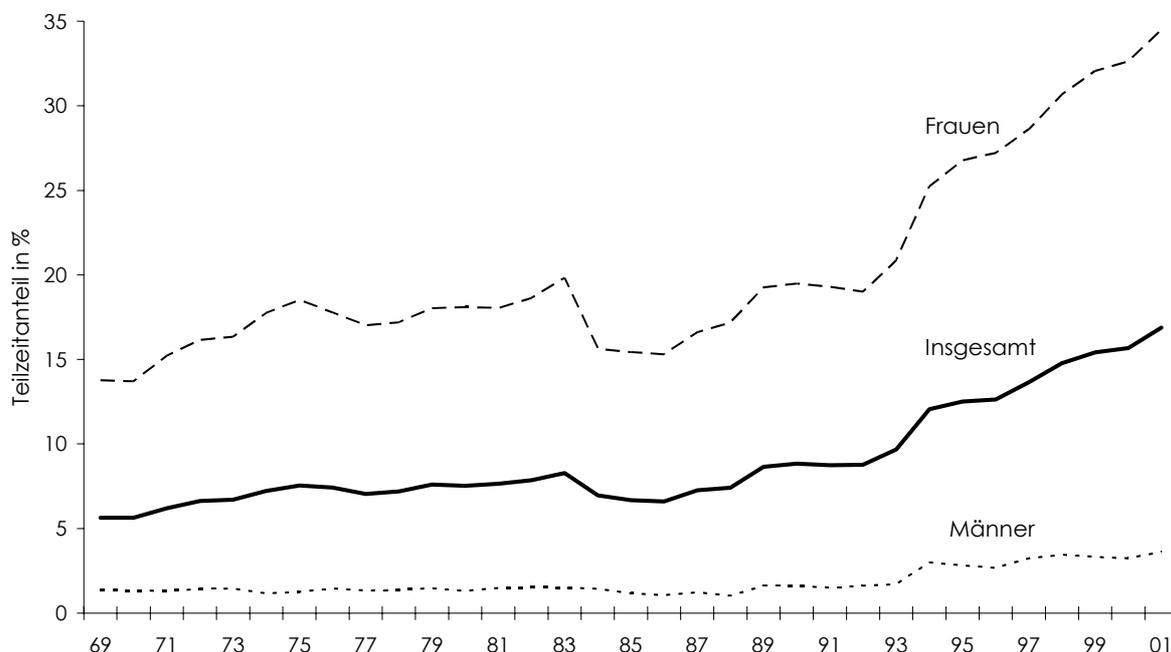
Die Höhe der Frauen- in Relation zu den Männereinkommen wird in den einzelnen Wirtschaftsklassen durch zahlreiche unterschiedliche Determinanten geprägt. Neben Unterschieden in der Qualifikation und in den Aufstiegschancen, die durch erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen Frauen traditionell benachteiligen, bildet die Arbeitszeit einen besonders wichtigen Bestimmungsgrund für geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede. Die Unterschiede in der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit erklären 15 Prozentpunkte oder 45% der Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen, die 2002 ein Drittel betragen. Arbeitszeitbereinigt liegen das durchschnittlichen Fraueneinkommen noch um 17,8% (2002) unter den Männereinkommen. 1980 betragen die arbeitszeitbereinigten geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede noch 28,8 Prozentpunkte.

Die Bedeutung unterschiedlicher Arbeitszeiten für die Erklärung von Einkommensunterschieden hat in den letzten Jahrzehnten merklich zugenommen. Die höhere Frauenerwerbsbeteiligung verringert wohl insgesamt die Einkommensungleichheiten in der Gesellschaft, da damit Personen Einkommen beziehen, die bisher keines hatten; sie geht aber gleichzeitig mit mehr Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen und damit mit einer Zunahme der niedrigen Einkommen einher, sodass die gemessene Verteilung der Individualeinkommen größere Disparitäten ausweist.

Die stärkere Ausweitung der Teilzeitarbeit in den letzten Jahren, die bei Frauen weiter und in verstärktem Maße anhält, dürfte allerdings dem Trend (arbeitszeitbereinigt) abnehmender geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede entgegenwirken, da auf längere Sicht (meist weibliche) Teilzeitkräfte geringere Karrierechancen haben als Vollzeitkräfte.

Von einem Trend arbeitszeitbereinigt abnehmender geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede wird hier im Hinblick auf die Entwicklung zweier wichtiger Determinanten der Einkommenshöhe, wie Qualifikation und Kinderzahl, gesprochen. Zum einen hat sich das Ausbildungsniveau von Frauen in Relation zu dem der Männer in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert. Vor allem in der sekundären und tertiären Ausbildung haben Frauen stark aufgeholt: 1971 hatten noch 73% der Frauen (49% der Männer) nur einen Pflichtschulabschluss, im Jahr 2000 nur mehr 41% (26% der Männer). Während 1971 nur 1% der Frauen und 4% der Männer einen Hochschulabschluss hatten, betrug im Jahr 2000 der Akademikeranteil bei Frauen 6% und bei Männern 8% (Steiner – Wallner, 2002). Zum anderen nehmen mit der höheren Qualifikation auch das Karrierebewusstsein und der Anteil kinderloser Frauen zu (Lutz, 2003).

Abbildung 5.3: Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die größten arbeitszeitbedingten Lohnunterschiede verzeichnen Wirtschaftszweige mit hohem männlichen Überstundenanteil und/oder einer hohen Teilzeitbeschäftigungsquote von Frauen: In den Branchen Bergbau, Steine und Erden, dem Bau- und dem Realitätenwesen erklären sich über 20% der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede aus der Arbeitszeit; im Handel, im Gesundheitswesen und dem Tourismus zwischen 15% und 20%. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt betragen diese arbeitszeitbedingten Einkommensunterschiede 15%. Die geringste Bedeutung von unter 10% kommt Unterschieden in der Arbeitszeit in der Mineralölwirtschaft, in der Energie- und Wasserversorgung, in der Metall- und der Textilwirtschaft, in der EDV, Optik und Feinmechanik sowie in internationalen Organisationen zu.

Bereinigt um die Unterschiede in der Arbeitszeit – nach den Arbeitszeitdaten des Mikrozensus – ergeben sich die geringsten geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede von unter 10% in den Wirtschaftszweigen Beherbergungs- und Gaststättenwesen, im Bergbau, in der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen, im Verkehr und Nachrichten- sowie dem Unterrichtswesen und internationalen Organisationen. Am stärksten – im Umfang von über 25% – bleiben die Einkommen der Frauen arbeitszeitbereinigt hinter den Bezügen der Männer in der Energie- und Wasserversorgung, in der Mineralölwirtschaft, im Bereich Textil und Bekleidung und in der EDV, Optik und Feinmechanik sowie der Nahrungsmittelherstellung zurück.

In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, dass das Beschäftigungsausmaß vielfach nicht und mit zunehmender Arbeitslosigkeit in immer weniger Fällen frei gewählt werden

kann. Die Unterschiede in der Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern sind daher zum Teil selbst Resultat geschlechtsspezifischer Diskriminierungen. Teilzeitarbeit wird von Frauen zwar oft freiwillig angenommen, aber in zahlreichen Fällen steht Frauen mit Kinderbetreuungspflichten die Wahl eines Vollzeitarbeitsplatzes gar nicht frei. Mit der Konzentration von Teilzeitarbeit auf Frauen – 2002 waren fast 35% der Frauen teilzeitbeschäftigt, jedoch nur 3,6% der Männer – ist indirekt auch eine weitere Determinante geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede verknüpft: Personen mit Teilzeitbeschäftigung gelingt es im Unterschied zu Vollzeitbeschäftigten kaum, in Führungspositionen vorzudringen<sup>9)</sup>.

Weitere Bestimmungsgründe bilden die geschlechtsspezifische Konzentration der Beschäftigung auf bestimmte Wirtschaftsklassen sowie Unterschiede in der Qualifikation und in den Aufstiegschancen bedingt durch längere erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen bei Frauen<sup>10)</sup>. Fraueneinkommen sind im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt oft schon alleine deshalb niedriger als die Männereinkommen, weil relativ schlechtzahlende Branchen überdurchschnittlich stark mit Frauen besetzt sind. Das gilt besonders stark für die privaten Haushalte, aber auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie, den Handel oder das Beherbergungs- und Gaststättenwesen. Wäre die Gesamtbeschäftigung der Frauen so über die Wirtschaftsklassen verteilt wie jene der Männer, so würden damit weitere 4 Prozentpunkte der Einkommensunterschiede erklärt.

## **6. Die Bestimmungsgründe der längerfristigen Entwicklung der Verteilung der Löhne**

Die Phase der Prosperität in den sechziger und frühen siebziger Jahren ging mit einem steigenden Lohnanteil am Volkseinkommen und einer Verringerung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung einher. Die Abflachung der Raten des Wirtschaftswachstums seit Mitte der siebziger Jahre war dagegen von steigender Arbeitslosigkeit, einer sinkenden Lohnquote und zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung begleitet. Nur in den Wachstumsperioden zu Beginn und Ende der neunziger Jahre wurde der Trend zu wachsender Ungleichheit in der Verteilung gedämpft.

Die Veränderungen in den Verteilungsrelationen sind von vielschichtigen Faktoren bestimmt: Längerfristige strukturelle Prozesse wie der technologische Neuerungsprozess und die zunehmende internationale Verflechtung werden von institutionellen und makroökonomischen Entwicklungen wie der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Konjunktur- bzw. Beschäftigungslage teils konterkariert und teils unterstützt.

---

<sup>9)</sup> Für eine detailliertere Analyse der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede vgl. *Gregoritsch – Kalmar-Wagner-Pinter* (1999).

<sup>10)</sup> Vgl. das Kapitel "Verdienstentfall von Frauen mit Kindern" von Hedwig Lutz in *Guger, A. et al.* (2003).

### 6.1 *Globalisierung und "skill-biased" technischer Fortschritt*

Die heute international verbreitetste Erklärung der zunehmenden Lohnunterschiede basiert auf dem Marktmodell; danach hat sich in den letzten Jahrzehnten durch den Prozess der Globalisierung und technologische Neuerungen die Struktur der Arbeitsnachfrage zugunsten qualifizierter Arbeit verschoben. Erstens haben sich durch den Verfall der Transportkosten und die neuen Informationstechnologien sowohl der weltweite Außenhandel stark intensiviert als auch die Produktion internationalisiert. Die Produktion von Massenartikeln, die mit wenig qualifiziertem Arbeitseinsatz produziert werden, wird immer stärker in Länder mit billigem Arbeitsangebot verlagert. Zweitens ist der technologische Neuerungsprozess "skill-biased", er ersetzt niedrige Qualifikationen und erfordert höher qualifizierten Arbeitseinsatz. Trotz ständiger Höherqualifizierung des Arbeitsangebots erlösen hochqualifizierte Arbeitskräfte Knappheitsrenten, während am anderen Ende mehr und mehr die Mindestlöhne unterlaufen werden. Beide Hypothesen wurden im letzten Jahrzehnt vielfach getestet und sind für die USA und Großbritannien auch empirisch gut belegt.

In Österreich wie im übrigen Kontinentaleuropa wurde in der Vergangenheit die Wirkung dieser Marktkräfte auf die Lohnunterschiede durch einflussreichere Gewerkschaften und stärkere Arbeitsmarktregulierungen deutlich abgeschwächt. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Öffnung der Märkte – nicht zuletzt im Gefolge der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes – sowie der forcierten Politik der Liberalisierung aller Märkte verstärkt sich auch in Europa der Trend zu steigender Ungleichheit der Einkommen.

Vergleicht man die Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur der Arbeiter in den einzelnen Branchen – die Zahl der Facharbeiter und qualifizierten angelernten Arbeiter in Relation zu den Hilfsarbeitern – seit Beginn der siebziger Jahre mit den branchenspezifischen Unterschieden in den Stundenverdiensten, so ergibt sich ein signifikant positiver Zusammenhang. Ein wesentlicher Teil der Zunahme der Lohndifferentiale zwischen den Branchen geht also auf Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung nach der Qualifikation der Arbeitskräfte zurück. Branchen, die ihre Qualifikationsstruktur – etwa durch den Abbau weniger qualifizierter Arbeitskräfte – überdurchschnittlich verbesserten, erhöhten (schon rein statistisch) ihr Lohnniveau stärker als die übrigen.

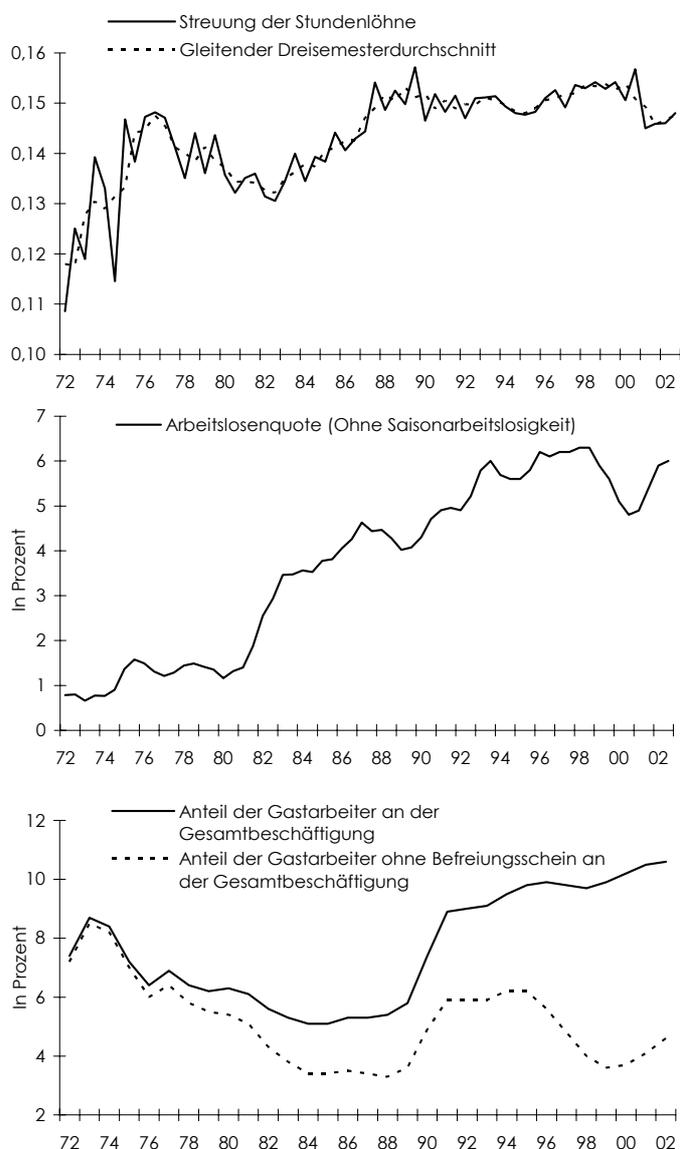
### 6.2 *Flexibilisierung des Arbeitsmarktes*

Eine weitere Erklärung für die Einkommensdifferenzierung bilden die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte: Ausgliederungen, neue atypische Beschäftigungsverhältnisse (Geringfügig Beschäftigte, Neue Selbständige, Freie Dienstnehmer), zunehmende Leiharbeit und Teilzeitbeschäftigung sowie neue Arbeitszeitmodelle mit Zeitkonten und längeren Durchrechnungszeiträumen, um Überstundenzuschläge abzubauen, bringen eine größere Diversifikation der Beschäftigungsformen, die einerseits in der Regel niedrigere Entlohnung bedeuten, andererseits aber auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

### 6.3 Der Einfluss der Arbeitslosigkeit und der Ausländerbeschäftigung

Die unterschiedliche Entwicklung in der Streuung liefert einen deutlichen Indikator für das Ausmaß der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Die Einkommen des primären Segments, der qualifizierten Angestellten und Facharbeiter der Stammebelegschaft, sind der Marktlage viel weniger ausgesetzt als die Einkommen der schlechter qualifizierten Arbeitskräfte des sekundären Segments. Die allgemeine Arbeitskräfteknappheit hat in der Wachstumsphase Ende der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre den Abstand zwischen den Angestelltengehältern

Abbildung 6.1: Entwicklung der Lohnunterschiede in der Industrie Österreichs



Q: Wirtschaftskammer Österreich, WIFO-Berechnungen.

und den Arbeiterlöhnen verringert, und die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit hat ihn seit Beginn der achtziger Jahre wieder erhöht. Der starke Zustrom billiger ausländischer Arbeitskräfte hat andererseits die Lohnunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft nach Branchen vergrößert, da das Arbeitskräfteangebot für Branchen mit geringer Produktivität und niedrigen Qualifikationsansprüchen (Leder, Bekleidung, Textil u. a.) dadurch kräftig ausgeweitet wurde<sup>11)</sup>.

Beide Einflüsse, die Arbeitslosigkeit und der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, übten einen signifikanten Einfluss auf den Verlauf der Lohnunterschiede aus (Pollan, 1990). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Beginn der achtziger Jahre schlägt sich in den Lohnunterschieden nieder. Mit dem kräftigen Aufschwung, der 1988 einsetzte, hätte sich, wie in früheren Boomphasen, die Streuung der Löhne wieder verringern müssen. Dies war jedoch nicht der Fall, da der ein Jahr später einsetzende starke Zustrom von ausländischen Arbeitskräften eine entgegengesetzte Wirkung ausübte. Die Lohnunterschiede blieben daher nahezu konstant.

#### 6.4 Der Einfluss der Lohn- und der Mindestlohnpolitik

Neben den angeführten Wirtschaftsfaktoren beeinflussen auch die Lohnpolitik und ihre Institutionen die Lohnunterschiede: Die österreichische Lohnpolitik ist in den letzten Jahrzehnten sowohl durch eine Lohnführerschaft der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie als auch durch eine hohe makroökonomische Flexibilität gekennzeichnet, die in ihren lohnpolitischen Forderungen auf die außenwirtschaftliche und konjunkturelle Lage der Gesamtwirtschaft Rücksicht nimmt. Dies hatte zur Folge, dass einerseits eine vorsichtige gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik – in den siebziger Jahren aus außenwirtschaftlicher Rücksichtnahme (drohende Explosion des Leistungsbilanzdefizits) und in den achtziger Jahren aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage – den ertragreichen Branchen genug Spielraum für innerbetriebliche Lohnanpassungen bot, der verstärkt dem primären Segment der qualifizierten Stammebelegschaft in den profitableren Branchen zugute kam.

Zu Beginn der neunziger Jahre hat aber auch die gezielte Mindestlohnpolitik die Entwicklung der Lohndifferentiale beeinflusst. Im März 1990 erhob der ÖGB die Forderung nach Mindestlöhnen und -gehältern von 10.000 S pro Monat. Diese Forderung, die später auf 12.000 S ausgedehnt wurde, sollte innerbetrieblich und von den Gewerkschaften in den Kollektivvertragsverhandlungen durchgesetzt werden. Wo diese Forderung nicht bereits erfüllt war, strebten die einzelnen Verhandlungsgruppen in den Folgejahren eine Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter auf das Niveau von 10.000 S bzw. 12.000 S an.

Die schrittweise Durchsetzung des Mindestlohnzieles dürfte zu Beginn der neunziger Jahre neben der guten Konjunkturlage auch dazu beigetragen haben, dass trotz eines kräftigen Zustroms ausländischer Arbeitskräfte die Lohnunterschiede kaum zugenommen haben. Die Ver-

---

<sup>11)</sup> Für eine ausführliche Analyse der Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt vgl. Brandel et al. (1999).

schlechterung der Arbeitsmarktlage sowie die Öffnung und Liberalisierung bisher geschützter Märkte – insbesondere im Dienstleistungsbereich – brachten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Löhne weniger qualifizierter Arbeitskräfte zunehmend unter Druck und begünstigte vielfach die Einkommen von spezialisierten Spitzenkräften in Form leistungsabhängiger Einkommensbestandteile. Dem wurde durch Verteilungsoptionen auch in den Kollektivvertragsverhandlungen mehr und mehr Rechnung getragen.

## **7. Die Entwicklung der Verteilung der Nettohaushaltseinkommen**

In der bisherigen Analyse wurde die Entwicklung der Verteilung der Brutto- oder Primäreinkommen dargestellt, die unmittelbar am Markt im Lohn- und Preisbildungsprozess und durch die Lohnpolitik der Tarifparteien bestimmt wird. Für die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Staatsbürger ist aber vor allem die Verteilung der verfügbaren Nettoeinkommen, die Sekundärverteilung, von Interesse, die sich aufgrund der staatlichen Umverteilungspolitik nach Steuern und öffentlicher Transferleistungen an die privaten Haushalte ergibt.

Die Aktivitäten des Staates bewirken in Österreich eine erhebliche Umverteilung von den Einkommensschichten mit hohem Einkommen zu solchem mit niedrigem Einkommen: Gemessen am Ginkoeffizient wurde zu Beginn der neunziger Jahre durch Steuern und öffentliche Transfers das Ausmaß der Ungleichheit um 30% reduziert<sup>12)</sup>.

Für eine längerfristige Analyse der Nettohaushaltseinkommen stehen bisher nur die Einkommensdaten aus dem Mikrozensus zur Verfügung, die allerdings durch mehrmalige Konzeptänderungen im Längsschnitt nur bedingt vergleichbar sind. Zudem erfasst der Mikrozensus an den "Rändern der Einkommensverteilung" die Entwicklung nur unzureichend, gerade dort findet aber die entscheidende Dynamik für die Entwicklung der Einkommensverteilung statt.

Aufgrund der unzureichenden Erfassung der Einkommen an den "Rändern der Verteilung" wird im Folgenden die Verteilung auf Basis der Interquartilsabstände dargestellt, d. h. das Einkommen an der Obergrenze des 3. Quartils wird mit jenem an der Obergrenze des 1. Quartils der Einkommensverteilung verglichen.

Im Mikrozensus werden die Einkommen nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge sowie nach einigen Transfers (Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder, Notstandshilfe u. a.) – also verfügbare Nettoeinkommen – erfasst.

---

<sup>12)</sup> Guger (1996), S. 95, vgl. dazu auch die Ergebnisse des Europäischen Haushaltspanels Till – Tetschert (2000) und Till – Steiner (2000).

Übersicht 7.1: Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen

	1983	1991	1997	1999
	Relative Interquartilsabstände <sup>1)</sup> in %			
<i>Nettopersoneneinkommen (arbeitszeitstandardisiert)</i>				
Arbeiter	49	55	47	
Angestellte	64	75	72	
Öffentlich Bedienstete	46	55	53	
Unselbständige insgesamt	53	61	61	
<i>Nettohaushaltseinkommen</i>				
Arbeiter	77	88	92	95
Angestellte	86	113	115	113
Öffentlich Bedienstete	76	94	100	87
Unselbständige insgesamt	84	100	104	103
<i>Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)</i>				
Arbeiter	76	79	67	69
Angestellte	76	80	76	72
Öffentlich Bedienstete	76	79	65	64
Unselbständige insgesamt	82	83	73	72

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme. – <sup>1)</sup> Der Interquartilsabstand misst die Differenz zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils.

Wie die oben analysierten Bruttoverdienste weisen auch die individuellen Nettoeinkommen des Mikrozensus für die achtziger Jahre eine Zunahme der Ungleichheit in der Verteilung aus. Während sich aber die Streuung der Bruttoverdienste in den neunziger Jahren weiter ausweitete, blieb die Verteilung der Nettoeinkommen für die unselbständig Beschäftigten insgesamt stabil und wurde für jede einzelne soziale Gruppe, Arbeiter, Angestellte und Beamte egalitärer. 1983 lag die Obergrenze des 3. Quartils 53% über jener des ersten, 1991 und 1997 61%.

Die zunehmenden Disparitäten in den Markteinkommen, die sich in der primären Verteilung spiegeln, wurden also bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahren durch die Umverteilungswirkung der direkten Steuern und der im Mikrozensus erfassten monetären Transfers kompensiert.

Auf Haushaltsebene hat sich dagegen die Entnivellierung der verfügbaren Nettoeinkommen auch in den neunziger Jahren fortgesetzt. Für die unselbständigen Haushalte insgesamt lag 1983 das Nettoeinkommen an der Obergrenze des 3. Quartils 84% über jener des 1. Quartils; 1991 doppelt so hoch und 1999 weitere 3% darüber. Diese Entwicklung war bis 1997 unabhängig von der sozialen Stellung für Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalte relativ ähnlich. Während sich gegen Ende der neunziger Jahre für Arbeiterhaushalte die Spreizung der Nettoeinkommen fortsetzte, hat sich für Angestellte leicht und für Beamtenhaushalte der relative Quartilsabstand deutlich (um 13%) verringert. Die wichtigsten Ursachen für die anhaltende Zunahme der Einkommensdisparitäten auf der Haushaltsebene dürften in der sinken-

den Haushaltsgröße, dem Trend zu Single-Haushalten und in den Änderungen in der Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder liegen: einerseits begünstigt die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen die Haushalte mit hohem Einkommen in höherem Maße, während die Haushalte mit niedrigem Einkommen qualifikationsbedingt von der Zunahme der Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind.

Berücksichtigt man allerdings die Haushaltsgröße und die Haushaltszusammensetzung und errechnet gewichtete Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen), so ergibt sich ein völlig anderes Bild: Die Verteilung der gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen blieb über die achtziger Jahre weitgehend unverändert und wurde in den neunziger Jahren deutlich egalitärer. Der Quartilsabstand (3./1.) ist von 82% bzw. 83% 1983 und 1991 bis 1999 auf 72% gesunken. Damit wird einerseits die Erklärung bekräftigt, dass die Änderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Haushalte einen signifikanten Einfluss auf die Entnivellierung der Haushaltseinkommen hatten, andererseits aber auch dass etwa die Familienbeihilfen und die übrigen Transfers, die in den Haushaltseinkommen berücksichtigt werden, einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Einkommensdisparitäten leisten.

Trotz wachsender Disparitäten in der Verteilung der Primäreinkommen in den letzten 2½ Jahrzehnten waren damit Ende der neunziger Jahre die für die materielle Wohlfahrt und die Konsummöglichkeiten der Haushalte entscheidenden Einkommen, die nach der Größe und der Zusammensetzung des Haushalts gewichteten verfügbaren Nettoeinkommen pro Kopf, gleicher verteilt als zu Beginn der achtziger Jahre.

## **8. Zusammenfassung**

---

*Wie in den meisten übrigen Industriestaaten hat auch in Österreich in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit in der funktionellen und personellen Einkommensverteilung zugenommen. Nach einem Anstieg der Lohnquote in den siebziger Jahren ist seither vor allem durch die steigende Arbeitslosigkeit und die starke Zunahme der Vermögenseinkommen der Lohnanteil am Volkseinkommen deutlich gesunken. Innerhalb der Lohneinkommen wurde die Verteilung seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und vor allem seit Mitte der neunziger Jahre merklich ungleicher. Der Anteil des obersten Einkommensquintils an den Gesamteinkommen hat sich markant erhöht. Die positive Umverteilungswirkung des Sozialstaates durch direkte Steuern und Transfers hat aber dazu geführt, dass sich die Ungleichheit der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen kaum ausgeweitet hat.*

---

In den letzten 25 Jahren ist der Lohnanteil am Volkseinkommen gesunken und die funktionelle Verteilung hat sich zu Gunsten der Gewinn- und Besitzeinkommen verschoben. Die Lohnquote sank von fast 80% im Jahr 1978 auf gut 70% im Jahr 2002 und die um die Änderungen in der Beschäftigtenstruktur bereinigte Lohnquote von knapp 73% auf rund 59%. Neben kurzfris-

tigen konjunkturellen Einflüssen spiegeln sich in dieser Entwicklung vor allem die Zunahme der Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum der Vermögenseinkommen.

In den Rezessionsjahren stieg die Lohnquote aus konjunkturellen Gründen merklich an, dagegen ging sie in den Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums deutlich zurück. Bei einem stärker sinkenden Trend schwächten sich dann seit Mitte der neunziger Jahre die konjunkturellen Ausschläge merklich ab. In der Stagnationsphase 2001 bis 2003 ist die Lohnquote weiter gesunken.

Für die längerfristige Entwicklung der funktionellen Verteilung ist die Arbeitsmarktlage von entscheidender Bedeutung. Zum einen fallen die Bezieher von Arbeitslosengeld unmittelbar als Lohnempfänger aus und zum anderen ändert steigende Arbeitslosigkeit die ökonomischen Machtverhältnisse und drängt die gewerkschaftliche Lohnpolitik in die Defensive. Die Lohnpolitik konnte daher in den achtziger und neunziger Jahren den durch die Produktivitätsentwicklung vorgegebenen Reallohnspielraum nicht nutzen, und die bereinigte Lohnquote sank kontinuierlich.

Strukturelle Ursachen für die Änderungen in der funktionellen Verteilung bilden die Globalisierung im Gefolge der Ost- und Westintegration und der verstärkte Gang der Unternehmen an die Börse. Die Rationalisierungswellen und Kündigungen von Mitarbeitern auf dem Weg zum schlanken Unternehmen verschärfen die Arbeitsmarktlage und schwächen die Position der Arbeitnehmer, die Lohnpolitik musste sich angesichts integrationsbedingter Anpassungsprobleme stärker an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren als am Ziel einer stabilen Verteilung. Außerdem drückten die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederungen, der verstärkte Einsatz von Leiharbeit, neue Arbeitszeitmodelle mit langen Durchrechnungszeiträumen und die rasche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung auf die Lohnentwicklung.

Eine entscheidende Determinante für den Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen in den letzten beiden Jahrzehnten bildete schließlich die Entwicklung der Besitzeinkommen, die Mitte der sechziger Jahre nur knapp 5% der gesamten Einkünfte aus Besitz und Unternehmung ausmachten, Ende der neunziger Jahre aber ein Viertel (ohne Vermietung und Verpachtung seit 1980 zwischen 15% und 20%). Vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stiegen Mieten und imputierte Mieten bei angespannten Wohnungsmärkten kräftig. Diese starke Expansion der Einkommen aus Vermietung und Verpachtung ist allerdings durch die Berücksichtigung imputierter Mieten etwas überzeichnet. Erhebliche Zuwächse erreichten auch die Einkünfte aus Finanzvermögen und die Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit.

In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Einkommensdisparitäten in Bezug auf die personelle Verteilung in allen Industrieländern erhöht. Die Verschiebungen in der personellen Einkommensverteilung waren aber in Österreich und in den übrigen kontinentaleuropäischen Ländern deutlich weniger ausgeprägt als in den USA und in Großbritannien.

Über die Verteilung der Gewinn- und Vermögenseinkommen auf Personen oder Haushalte fehlen aussagekräftige Daten. Die vorliegende Analyse stützt sich daher nur auf die Verteilung der Lohneinkommen. Diese bilden mit rund 70% Anteil am Volkseinkommen die bei weitem wichtigste Faktoreinkommensquelle. Ihre Verteilung hat daher bestimmenden Einfluss auf die personelle Verteilung der Einkommen.

Da keine umfassende integrierte statistische Basis zur Verfügung steht, werden mehrere unterschiedliche Datenquellen herangezogen. Nach der Beitragsstatistik der Sozialversicherungsträger, die aber die Ränder der Verteilung – geringfügig Beschäftigte und Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage – nur unzureichend erfasst, kam es seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu einer merklichen Zunahme der Disparitäten innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen. Der Ginikoeffizient, der in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stabil blieb, stieg in der zweiten Hälfte bis Anfang der achtziger Jahre kräftig (um 1½% pro Jahr). Nur mäßig vergrößerten sich Einkommensdisparitäten dann bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre und in den frühen neunziger Jahren; kräftiger nahm dagegen die Ungleichheit zwischen 1987 und 1990 und wieder seit 1995 zu. Während der Einkommensanteil der unteren vier Fünftel der Verteilung kontinuierlich zu sinken tendierte, nahm der Anteil des obersten Fünftels in diesen 2½ Jahrzehnten um rund 3 Prozentpunkte zu, von 36,3% auf gut 39,5%.

Auch die Daten der Lohnsteuerstatistik, die die Ränder voll erfassen aber im Zeitverlauf weniger kompatibel sind, lassen heute auf größere Einkommensdisparitäten schließen als in den siebziger Jahren: Soweit für längere Perioden vergleichbare Daten vorliegen weist der Ginikoeffizient zunehmende Ungleichheit aus. Nach beiden Datensätzen wurde also auch in Österreich die Verteilung der Lohneinkommen in den letzten 25 Jahren merklich ungleicher.

Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede haben sich in den achtziger und frühen neunziger Jahren etwas verringert: Die mittleren Fraueneinkommen beliefen sich 1980 auf knapp 65% der Männereinkommen und 1994 auf gut 69%. Seit Mitte der neunziger Jahre fiel das relative Einkommen der Frauen allerdings wieder um 1½ Prozentpunkte. Zum Teil geht diese Entwicklung auf eine stärkere Zunahme der Teilzeitarbeit von Frauen zurück – seit Mitte der neunziger Jahre ist die Teilzeitquote der Frauen sprunghaft angestiegen, von 20% im Jahr 1993 auf 35% im Jahr 2002. Denn arbeitszeitbereinigt verringerte sich der Einkommensabstand der Frauen gegenüber den Männern in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich. Die durchschnittlichen Fraueneinkommen stiegen arbeitszeitbereinigt von 71,2% im Jahr 1980 auf 82,2% im Jahr 2002. Dazu hat auch die signifikante Verbesserung des Ausbildungsniveaus von Frauen beigetragen, die zu einer Verringerung der Unterschiede in der beruflichen Qualifikation geführt hat.

Österreich weist trotz korporatistischer Verbändestruktur und starker Gewerkschaften relativ hohe sektor- und branchenspezifische Lohndifferentiale aus, die weiter zunehmen: Der Variationskoeffizient als Maß der intersektoralen Unterschiede in den Monatsverdiensten ist zwischen 1980 und 1994 um 1½ Prozentpunkte (von 23,4% auf 24,9%) und seit 1995 nochmals um 0,7 Punkte gestiegen.

Für die Industrie liegen auch Stundenverdienste vor, die eine Analyse unter Ausschaltung von Arbeitszeitunterschieden erlauben. Diese zeigt, dass sich in den siebziger und achtziger Jahren die branchenspezifischen Lohnunterschiede deutlich vergrößert haben – von 16,5 im Jahr 1971 auf 19,1 im Jahr 1981 und 23,2 im Jahr 1991. Seit Beginn der neunziger Jahre ist aber die Streuung der Stundenverdienste relativ stabil.

Diese Verschiebungen in den Verteilungsrelationen gehen auf vielschichtige Faktoren zurück: Langfristige strukturelle Anpassungsprozesse im Gefolge von technologischen Neuerungen und der zunehmenden internationalen Verflechtung werden von institutionellen und makroökonomischen Entwicklungen wie den Regulierungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbeziehungen sowie der Konjunktur- bzw. Beschäftigungslage teils konterkariert und teils unterstützt. Der rasche strukturelle Wandel bringt durch größere Arbeitsmobilität und einer Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte durch neue atypische Beschäftigungsverhältnisse mit zunehmender Leiharbeit und Teilzeitbeschäftigung, neue Arbeitszeitmodelle mit Zeitkonten und Ausgliederungen die Lohnstrukturen in Bewegung.

Die hohen sektorspezifischen Lohnunterschiede lassen auf eine ausgeprägte Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes schließen. Die Entlohnung des primären Segments der qualifizierten Angestellten und Facharbeiter ist danach Änderungen in der Arbeitsmarktlage viel weniger ausgesetzt als die Löhne der weniger qualifizierten Hilfskräfte. Daher üben sowohl Arbeitslosigkeit, als auch der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte einen signifikanten verstärkenden Einfluss auf die Entwicklung der Lohnunterschiede aus.

Neben den angeführten ökonomischen Faktoren wirken auch die Lohnpolitik und die Politik generell, insbesondere die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen, auf die Verteilungsrelationen: Die Lohnpolitik eröffnete einerseits durch die Rücksichtnahme auf die außenwirtschaftliche und konjunkturelle Lage ertragreichen und gut organisierten Branchen Spielraum für innerbetriebliche Lohnanpassungen, die eher Hochlohnbranchen und dem primären Segment der Stammebelegschaften zugute kamen und daher die Lohnunterschiede vergrößerten; andererseits hat aber auch die gezielte Mindestlohnpolitik – insbesondere zu Beginn der neunziger Jahre – dämpfend auf die Entwicklung der Lohndifferenziale gewirkt.

Der Einfluss des Staates auf den Wirtschaftsprozess über die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und die damit verbundenen Umverteilungsprozesse hat schließlich dazu geführt, dass trotz zunehmender Ungleichheit in den individuellen Bruttoeinkommen die Verteilung der netto verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht ungleicher ist als in den achtziger Jahren. Der öffentliche Sektor verteilt merklich zugunsten der unteren Einkommenschichten um. Diese Umverteilung erfolgt kaum über das Steuer- und Beitragssystem, sondern signifikant über die Staatsausgaben, vor allem die Sozialausgaben.

## 9. Literaturhinweise

- Bauer, M., "Netto-Haushaltseinkommen 1999", Statistische Nachrichten, 2000, (9), S. 707-717.
- Bauer, M., Wimmer, K., "Lohnsteuerstatistik 2002: Sozialstatistische Auswertungen", Statistische Nachrichten, 2004, (5), S. 402-411.
- Bayer, K., "Funktionelle Einkommensverteilung in Österreich 1954 bis 1979", in Suppanz, H., Wagner, M. (Hrsg.), 1981, S. 29-79.
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume, Wien, 1998, (73).
- Brandel, F., Buzeczki, G., Hofer, H., Hudec, M., Löffler, R., Pichlmann, K., Pokorny, A., Révész, S., Wagner, M., "Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt", IHS und Synthesis Forschungsgemeinschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien, 1999.
- Chaloupek, G., "Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Österreich 1953 bis 1979", in Suppanz, H., Wagner, M. (Hrsg.), 1981, S. 81-116.
- Förster, M., "Trends and Driving Factors in Income Inequality and Poverty in the OECD Area", OECD Labour Market and Social Policy Occasional Paper, OECD, Paris, August 2000, (42).
- Gregoritsch, P., Kalmar, M., Wagner-Pinter, M., "Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung", Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien, 1999.
- Guger, A., "Verteilungspolitik als Strukturpolitik", in Beigewum & Memorandum-Gruppe (Hrsg.), "Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik", Wien-Bremen, 1990, S. 94-104.
- Guger, A., "Redistribution by the State in Austria", Austrian Economic Quarterly, 1996, 1(4), S. 185-196.
- Guger, A. (Projektleitung), Buchegger, R., Lutz, H., Mayrhuber, C., Wüger, M., "Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten", Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien, Mai 2003.
- Gusenleitner, M., Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "The Distribution of Earnings in Austria, 1972-1991", Arbeitspapier Nr. 9614, Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler Universität Linz, Linz, September 1996.
- Hahn, F., "Portefeuilleverhalten von Großunternehmen der Industrie", WIFO-Monatsberichte, 1990, 63(7), S. 440-448.
- Lutz, H., "Verdienstentfall von Frauen mit Kindern", in Guger, A., et al., Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, 2003, S. 80-97.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, Studie des WIFO im Auftrag der OeNB und des BMWA, Juni 2002.
- Peneder, M., Pfaffermayr, M., Stabile Entwicklung des Cash-Flows 2003. Selbstfinanzierung und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung, WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(3), S. 185-195.
- Pollan, W., "Lohnunterschiede in der Industrie", WIFO-Monatsberichte, 1990, 63(11), S. 616-622.
- Steiner, K., Wallner, E., "Frauen", in BMSGK (Hrsg.), Bericht über die soziale Lage 2001-2002, Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien, 2002.
- Suppanz, H., Wagner, M. (Hrsg.), "Einkommensverteilung in Österreich", München-Oldenbourg, 1981.
- Till, M., Steiner, H., "Zur Sozialen Lage der Haushalte in Österreich – Ergebnisse des Europäischen Haushaltspanels", in BMSG (Hrsg.), Bericht über die soziale Lage, Wien, 2000, S. 87-105.
- Till, M., Tetschert, U., Europäisches Haushaltspanel – Forschungsberichte, Endbericht 4. Welle 1998, IFS, 2000.

## Anhang:

### Übersicht A1: Lohnquote in Österreich

	Brutto	Brutto bereinigt <sup>1)</sup>
1960	63,4	69,3
1961	64,0	69,4
1962	65,8	70,6
1963	66,0	70,3
1964	66,7	70,4
1965	67,8	70,6
1966	68,9	70,8
1967	70,2	71,8
1968	70,0	71,2
1969	69,4	70,1
1970	67,8	67,8
1971	70,4	69,3
1972	70,7	68,5
1973	73,5	69,8
1974	74,2	69,7
1975	77,6	72,7
1976	76,6	71,4
1977	77,1	71,2
1978	79,3	72,9
1979	76,7	70,2
1980	77,2	70,1
1981	78,6	71,1
1982	76,2	68,8
1983	74,0	66,7
1984	75,1	67,5
1985	74,9	67,1
1986	75,2	67,1
1987	75,7	67,4
1988	74,8	66,3
1989	73,9	65,2
1990	73,0	63,9
1991	73,8	64,2
1992	74,0	64,0
1993	75,2	64,7
1994	74,6	63,8
1995	75,1	63,8
1996	72,8	61,6
1997	73,7	62,0
1998	72,7	60,9
1999	73,7	61,5
2000	72,3	60,0
2001	72,1	59,8
2002	70,9	58,8
2003	70,9	58,5

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Unselbständigen/Erwerbstätigenanteil konstant (Basis 1970). Ab 1976 Konzept ESVG 1995, vor 1976 Konzept ESVG 1979.

Übersicht A2: Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen

	Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	Besitzeinkommen ohne Vermietung und Verpachtung Mio. €	Gewinneinkommen
1964	7.713	227	4.852
1965	8.493	257	5.113
1966	9.360	310	5.375
1967	10.133	369	5.478
1968	10.743	473	5.830
1969	11.715	570	6.475
1970	12.822	570	7.674
1971	14.819	679	7.925
1972	16.838	882	8.789
1973	19.718	916	9.280
1974	22.974	1.145	10.494
1975	25.787	1.307	10.039
1976	28.403	1.528	11.555
1977	31.458	1.698	12.482
1978	34.569	1.963	12.089
1979	36.905	2.032	14.320
1980	39.897	2.595	14.623
1981	43.085	3.134	14.325
1982	45.122	3.471	16.341
1983	46.851	3.505	18.563
1984	49.431	3.613	18.397
1985	52.414	3.886	19.138
1986	55.648	4.193	19.826
1987	57.951	4.452	20.360
1988	60.505	4.425	22.147
1989	64.359	4.828	24.367
1990	69.437	5.784	27.531
1991	75.341	6.459	29.456
1992	80.325	6.694	30.671
1993	83.659	6.561	30.327
1994	86.866	6.249	31.641
1995	89.902	6.836	34.040
1996	91.058	6.556	36.703
1997	92.113	6.924	39.525
1998	95.428		

Q: Statistik Austria, WIFO. – Konzept ESVG 1979.

Übersicht A3: Private Einkünfte aus Besitz und Unternehmung  
Inlandskonzept

	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetriebe	Freie Berufe	Besitzeinkommen ohne Vermietung und Verpachtung	Unverteilte Gewinne der Kapital- gesellschaften
	Mio. €				
1964	966	2.418	289	227	1.014
1965	890	2.736	326	257	1.002
1966	854	2.950	365	310	1.045
1967	941	2.911	391	369	1.057
1968	845	3.171	448	473	1.256
1969	929	3.281	466	570	1.643
1970	1.050	4.123	525	570	1.795
1971	936	4.399	555	679	1.773
1972	1.094	4.350	656	882	2.506
1973	1.282	4.226	707	916	2.911
1974	1.280	4.610	805	1.145	3.526
1975	1.205	4.808	943	1.307	2.718
1976	1.340	5.341	1.064	1.528	3.435
1977	1.298	6.134	1.193	1.698	3.612
1978	1.481	5.682	1.308	1.963	3.340
1979	1.507	6.921	1.363	2.032	4.136
1980	1.724	6.508	1.475	2.595	4.180
1981	1.571	5.961	1.693	3.134	4.108
1982	1.508	7.601	1.824	3.471	4.373
1983	1.481	9.390	1.937	3.505	4.767
1984	1.871	8.506	2.013	3.613	4.954
1985	1.542	9.069	2.148	3.886	4.992
1986	1.722	9.467	2.394	4.193	5.227
1987	1.795	9.493	2.531	4.452	5.339
1988	1.832	10.172	2.823	4.425	6.141
1989	2.035	10.616	3.484	4.828	6.926
1990	2.311	12.703	3.578	5.784	7.173
1991	1.999	14.499	3.877	6.459	7.558
1992	1.977	14.261	4.009	6.694	7.993
1993	1.645	12.480	4.534	6.561	9.452
1994	2.079	13.079	4.693	6.249	9.498
1995	2.033	14.530	5.073	6.836	9.724
1996	1.734	17.393	5.544	6.556	9.977
1997	1.666	18.428	6.043	6.924	11.566

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO-Berechnungen. – Konzept ESVG 1979.

Übersicht A4: Dezile und Perzentile aus der Lohnsteuerstatistik

	Bruttobezüge insgesamt				Veränderung in %				
	1995	2000	2001	2002	1995/ 2000	2000/ 2001	2001/ 2002	2000/ 2002	1995/ 2002
	Monatlich in € pro Kopf								
<i>Arbeitnehmer insgesamt</i>									
1. Quintil	255	240	240	242	- 5,8	± 0,0	+ 0,6	+ 0,7	- 5,1
3. bis 6. Dezil	1.262	1.321	1.339	1.355	+ 4,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 7,4
1. bis 6. Dezil	926	961	973	984	+ 3,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,4	+ 6,2
Oberste 5 %	6.240	7.380	7.235	7.338	+ 18,3	- 2,0	+ 1,4	- 0,6	+ 17,6
Oberste 1%	10.406	13.355	12.466	12.508	+ 28,3	- 6,7	+ 0,3	- 6,3	+ 20,2
<i>Arbeitnehmer Männer</i>									
1. Quintil	385	363	351	343	- 5,8	- 3,2	- 2,4	- 5,6	- 11,0
3. bis 6. Dezil	1.584	1.720	1.743	1.752	+ 8,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 10,6
1. bis 6. Dezil	1.185	1.268	1.279	1.282	+ 7,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,2	+ 8,3
Oberste 5 %	7.256	8.839	8.582	8.663	+ 21,8	- 2,9	+ 0,9	- 2,0	+ 19,4
Oberste 1%	12.184	16.448	15.034	15.017	+ 35,0	- 8,6	- 0,1	- 8,7	+ 23,3
<i>Arbeitnehmer Frauen</i>									
1. Quintil	166	165	171	175	- 0,8	+ 3,7	+ 2,3	+ 6,1	+ 5,2
3. bis 6. Dezil	921	948	972	990	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,4	+ 7,5
1. bis 6. Dezil	669	687	705	718	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,9	+ 4,5	+ 7,3
Oberste 5 %	4.205	4.763	4.777	4.875	+ 13,3	+ 0,3	+ 2,0	+ 2,3	+ 15,9
Oberste 1%	6.303	7.433	7.284	7.346	+ 17,9	- 2,0	+ 0,8	- 1,2	+ 16,5
<i>Pensionisten insgesamt</i>									
1. Quintil	195	196	194	202	+ 0,7	- 1,2	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,7
3. bis 6. Dezil	708	801	832	857	+ 13,1	+ 3,9	+ 3,0	+ 7,0	+ 21,1
1. bis 6. Dezil	537	599	619	639	+ 11,6	+ 3,3	+ 3,1	+ 6,6	+ 19,0
Oberste 5 %	4.020	4.868	4.430	4.491	+ 21,1	- 9,0	+ 1,4	- 7,7	+ 11,7
Oberste 1%	6.495	9.068	7.077	7.116	+ 39,6	- 22,0	+ 0,5	- 21,5	+ 9,6

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

© 2004 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •  
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 €, Download 24,00 €:

[http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25385](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25385)